

Rundbrief 2-2018

www.dgo-online.org

DGO
▶ Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 6 Zweigstellen

Publikationen

- 12 Zeitschrift OSTEUROPA
- 15 Zeitschrift OSTEUROPA-RECHT
- 16 Länder-Analysen

Mitglieder

- 18 Personalien
- 18 Veröffentlichungen
- 20 Fachgruppen
- 23 Junge DGO

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 23 Personalien

Veranstaltungsberichte

- 24 Die Baltischen Staaten: Sicherheits- und EU-Politik
- 28 Östliche Partnerschaft: Reformprozesse und Möglichkeiten für regionale Kooperation
- 30 Zukunft Osteuropa. Veranstaltung für junge Osteuropa-Interessierte
- 34 Modernisiert sich Russland von unten? Gesellschaftspolitische Initiativen auf kommunaler Ebene
- 36 Law and Revolution. Disruption and Continuity of Legal Development in Central and Eastern Europe
- 40 Shaping Eastern European Societies and Economies: Culture, Religion and Historical Legacies
- 44 Maidan: Die Ukraine und Europa fünf Jahre danach

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

dass sich der geografische Mittelpunkt Europas in Litauen befindet, 26 km nördlich der Hauptstadt Vilnius, ist für viele westlich orientierte Europäer schwer vorstellbar. Aber auch diejenigen, die sich mit dem östlichen Europa beschäftigen, rücken die baltischen Staaten selten in das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit. In einer zweiteiligen Veranstaltung im Herbst 2018 haben wir über die sicherheitspolitischen Erwägungen und Realitäten in Estland diskutiert sowie über die Reformagenda der lettischen Regierung für die Europäische Union. Die Zeitschrift OSTEUROPA widmete der erinnerungspolitischen Debatte in Litauen über die Rolle der Partisanen im Zweiten Weltkrieg und deren Bedeutung für die gegenwärtige Innen- und Außenpolitik einen Themenschwerpunkt.

Welche Folgen der Streit in der orthodoxen Kirche über die Autokephalie in der Ukraine haben wird, ist noch unklar. Schon jetzt ist aber absehbar, dass der Konflikt zwischen Kiew, Moskau und Konstantinopel Auswirkungen auf die gesamte orthodoxe Welt haben wird. OSTEUROPA beleuchtet im Themenheft „Kirchenkongress um die Ukraine“ die religiösen, rechtlichen und politischen Implikationen innerhalb und außerhalb der Ukraine. Die Zeitschrift OSTEUROPA-Recht untersucht ergänzend dazu die Praxis der Religionsfreiheit in mehreren ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten mit einem vergleichenden Blick auf individuelle und kollektive Praktiken. Über weitere aktuelle Entwicklungen in den vergangenen sechs Monaten informierten die Länder-Analysen. Details zu den Veranstaltungen und Publikationen der DGO, die wir dank der Zusammenarbeit mit vielen Partnern realisieren konnten, finden Sie auf den folgenden Seiten.

Im vorliegenden Rundbrief informieren wir Sie auch über die Verbandsentwicklung. Um die Arbeit der Fachgruppen zu intensivieren und transparenter zu machen, konnten wir aus dem Kreis der Mitglieder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen als Ansprechpartner gewinnen. Die neuen Sprecherinnen und Sprecher der Fachgruppen haben sich im November zu einem Gedankenaustausch in Berlin getroffen. Auf den Seiten 20–22 stellen wir sie vor. Schon seit einiger Zeit engagiert sich ein Kreis junger Mitglieder dafür, die DGO für junge Osteuropa-Interessierte attraktiver zu machen. Ein erster Meilenstein auf diesem



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

Weg war die Veranstaltung „Zukunft Osteuropa“, die im Oktober in Frankfurt am Main stattfand. Als unmittelbares Ergebnis wurden zwei kommissarische Sprecherinnen der „Jungen DGO“ ernannt und drei Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen eingerichtet. Informationen zu der Veranstaltung und den weiteren Planungen der Jungen DGO finden Sie auf den Seiten 23 sowie 30–33.

Die Mitgliederversammlung am 14. März dieses Jahres in Berlin bietet die Möglichkeit, mehr über die laufenden und geplanten Aktivitäten der DGO zu erfahren. Darüber hinaus wird der Vorstand in diesem Jahr neu gewählt. Die Tagesordnung sowie weitere Informationen zu den Wahlen werden wir Ihnen in den nächsten Wochen zusenden. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung laden wir Sie schon jetzt zu unserer Jahrestagung unter dem Titel „Kontinentaldrift. Über das Zusammenwachsen und Auseinanderdriften Europas 1989–2019“ ein. 30 Jahre nach dem Mauerfall und dem Ende der politischen Teilung Europas widmen wir uns der Frage, in welche Richtung sich Europa politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich bewegt. Über Ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung und der Jahrestagung würden wir uns sehr freuen!

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gabriele Freitag'. The signature is fluid and cursive.



Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Vorschau

Datum/Ort	Titel	
15. Januar, Berlin	Podiumsdiskussion Osteuropäische Opfer des Nationalsozialismus in der deutschen Erinnerungskultur	In Kooperation mit der Stiftung „Topographie des Terrors“ und dem Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker
29. Januar, Berlin	Vortrag und Diskussion Wohin steuert Mitteleuropa? Fünf Szenarien für 2025	In Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States und der Heinrich-Böll-Stiftung
14.–15. März, Berlin	Jahrestagung Kontinentaldrift Über das Zusammenwachsen und Auseinanderdriften Europas 1989–2019	In Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum/Ort	Titel	
5. September, Berlin	Podiumsdiskussion Security in the Baltics: Perception and Reality	In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Veranstaltungsbericht auf Seite 26–27)
20. September, Berlin	Podiumsdiskussion Shaping Europe: The Baltic States and their Role in Driving EU Reform	In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Veranstaltungsbericht auf Seite 27–29)

Datum/Ort	Titel	
10. Oktober, Berlin	Podiumsdiskussion Östliche Partnerschaft Reformprozesse und Möglichkeiten für regionale Kooperation	In Kooperation mit deutsch-belarussischen gesellschaft und der Europäischen Akademie Berlin (Veranstaltungsbericht auf Seite 30–31)
12. Oktober, Frankfurt/M.	Workshop Zukunft Osteuropa	(Veranstaltungsbericht auf Seite 32–35)
16.–17. Oktober, Berlin	14. Kiewer Gespräche Die Ukraine vor dem Superwahljahr 2019 Die Regionen im Fokus	In Kooperation mit dem Europäischen Austausch und weiteren Partnern (Veranstaltungsbericht auf der website www.kyiv-dialogue.org)
18. Oktober, Genshagen	Filmvorführung, Diskussion, Präsentation Der etwas andere Dialog Erinnerungskultur in Ost und West	In Kooperation mit der Stiftung Genshagen
6. November, Berlin	Russische Alternativen Modernisiert sich Russland von unten? Gesellschaftspolitische Initiativen auf kommunaler Ebene	In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung (Veranstaltungsbericht auf Seite 36–37)
9.–10. November, Köln	Fachtagung Recht Law and Revolution. Disruption and Continuity of Legal Development in Central and Eastern Europe	In Kooperation mit dem Institut für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung (Veranstaltungsbericht auf Seite 38–41)
16.–17. November, Berlin	Fachtagung Wirtschaft Shaping Eastern European Societies and Economies: Culture, Religion and Historical Legacies	In Kooperation mit dem Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Veranstaltungsbericht auf Seite 42–45)
27. November, Berlin	Podiumsdiskussion Maidan: Die Ukraine und Europa fünf Jahre danach	In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Forschungsverbund Prisma Ukraina und dem Zentrum für Liberale Moderne (Veranstaltungsbericht auf Seite 46–48)

Zweigstellen: Vorschau

Datum/Ort	Titel	
Bochum		
16. Januar	Vortrag Recht und Literatur im russischen Imperium: Zur Problemgeschichte der Ukraine	Alfred Sproede (Münster)
Gießen		
15. Januar	Vortrag Die NS-Vernichtungsstätte Malyi Trostenez bei Minsk	Christian Gerlach (Bern)
Konstanz		
24. Januar	Vortrag Sozialistische Vaterschaft – Vaterschaft im Sozialismus. Auf dem Weg zu einer Alltagsgeschichte der ČSSR	Peter Hallama (Bern)
Tübingen		
14. Januar	Vortrag Alltägliche Begegnungen. Handlungsspielräume finnischer Bauarbeiter in der Sowjetunion 1977–1985	Saskia Geisler (Bochum)

Zweigstellen: Rückschau

Datum/Ort	Titel	
Bamberg		
9. November	Vortrag Performing the Nation: Ethnografische Perspektiven auf die „Achter“-Jubiläen in Tschechien	Marketa Spiritova (München)
Bochum		
7. November	Vortrag Kyiv, Moskau, Konstantinopel: Der kirchliche Streit um die Ukraine	Thomas Bremer (Münster)
5. Dezember	Vortrag Back to the USSR. Soviet Nostalgia and Nation-Building of the Contemporary Ukraine	Oleksandr Pronkevych (Mykolyiv)
12. Dezember	Vortrag Population Exchange at the New Borders between Poland and the Ukraine at the End of WWII	Catherine Gousseff (Paris)
Bremen		
30. Oktober	Vortrag Atommüllkatastrophen und Strahlenschutz. Nukleares Wissen und Technopolitik in der Region Čeljabinsk, 1949–1991	Laura Sembritzki (Heidelberg)
4. Dezember	Vortrag Politische Kultur Ost? Lokale Demokratisierung und Partizipation vor, in und nach der friedlichen Revolution	Anja Schröter (Potsdam)

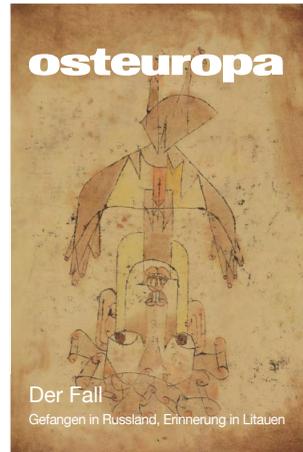
Datum/Ort	Titel	
Düsseldorf		
6. September	Vortrag Wilder Bruder der Demokratie? 100 Jahre Kampf um das „Selbstbestimmungsrecht“ vom Sudentenland (1918/19) bis nach Katalonien (2018)	Manfred Kittel (Regensburg)
10. Oktober	Buchvorstellung Die Hände meines Vaters	Irina Scherbakowa (Moskau)
20. November	Lesung Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923	Jörn Leonhard (Freiburg)
29. November	Vortrag Notwendiges Gedenken, endlich: Malyi Trostenez, eine dem Vergessen entrissene Holocaust-Stätte	Aliaksandr Dalhouski (Minsk)
Erlangen/Nürnberg		
24. Oktober	Vortrag Die Politische Ökonomie von Ei, Geld, Lohn und Handel in der Sowjetischen Provinz um 1960	Alexandra Oberländer (Berlin)
12. Dezember	Vortrag Knowledge to the Masses: A Campaign for Universal Scientific Literacy and the Commodification of Knowledge in the Postwar USSR	Alexey Gobulev (Houston)
Freiburg		
23. Oktober	Vortrag Russland in der Kontinentalblock- theorie von Karl Haushofer	Christian Spang (Erlangen/Nürnberg)

Datum/Ort	Titel	
4. Dezember	Vortrag Computerkids und Softwarepiraten am Ende der Blockkonfrontation: Eine Subkultur wird global	Gleb Albert (Zürich)
Gießen		
4. Dezember 2018 – 17. Januar 2019	Ausstellung mit Veranstaltungen, Vorträgen und Führungen Vernichtungsort Malyj Trostenez: Geschichte und Erinnerung	
Konstanz		
20. November	Vortrag Feminismus in Osteuropa im globalen Kontext	Zsófia Lóránd (Göttingen)
Tübingen		
5. November	Vortrag Perestrojka als Exportidee. Von der Staatsebene in den Alltag am Beispiel UdSSR-DDR	Franziska Schedewie (Heidelberg)



Publikationen

OSTEUROPA



In Ausgabe 6/2018 zum Thema [Der Fall. Gefangen in Russland, Erinnerung in Litauen](#) geht es um die lebendigen Schatten der Vergangenheit – um Erinnerungspolitik, tradiertes historisches Erbe, das Verständnis von Tradition im Weltbild von Russlands Konservativen und um neue Erkenntnisse zu Kriegsschäden in der Sowjetunion. In einem Schwerpunkt analysieren fünf Autoren die Untiefen der kollektiven Erinnerung an Besatzung, Widerstand und Shoa in Litauen. Ein weiteres Thema ist die Wiederkehr der politischen Verfolgung in Russland. Die Menschenrechtsinitiative OVD-Info hat, gestützt auf Informationen, die das Menschenrechtszentrum Memorial zusammengetragen hat, eine Liste von ukrainischen Staatsbürgern erstellt, die in Russland aus politischen Gründen inhaftiert sind. Die Zeitschrift OSTEUROPA dokumentiert das Schicksal dieser 88 Menschen. 13 werden von Memorial als politische Gefangene betrachtet, in vielen anderen Fällen gibt es klare Hinweise auf politische Motive für die Strafverfolgung. In allen Fällen fanden und finden die Inhaftierung und die Prozesse unter groben Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien statt. In vielen Fällen ist von schweren Misshandlungen und Folter auszugehen.

Der Band hat 168 Seiten und 2 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten ihn zu einem Vorzugspreis von 8,40 Euro (statt 12,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Dokumentation

In Russland inhaftierte Bürger der Ukraine
88 von OVD-Info recherchierte Fälle

Alexander Libman

Der lange Schatten der Vergangenheit
Historisches Erbe und quantitative Sozialwissenschaft

Katharina Bluhm

Entwicklung mit Tradition
Russlands konservative Gegenbewegung

ERINNERUNGSKONFLIKTE IN LITAUEN

Alvydas Nikžentaitis, Joachim Tauber

Aufbruch um einen Partisanen
Eine litauische Erinnerungsdebatte

Violeta Davoliūtė

Pluralisierung unter Schmerzen
Litauens Umgang mit der Vergangenheit

Saulius Sužiedėlis

Schwierige Erinnerung
Litauen: Holocaust und Opferkonkurrenz

Arūnas Bubnys

Der Partisan. Adolfas Ramanauskas-Vanagas

Felix Eick

Erfolg und Grenzen des Erinnerns
Stolperstein für Wolfgang Leppmann

Dietrich Beyrau

Der Bolschewismus als Saga
Yuri Slezkine auf literarischen Pfaden

Denis Babičenko

Geplante Verluste. Zur Berechnung der materiellen
Kriegsschäden der UdSSR im Zweiten Weltkrieg
1943–1947



Vor zwei Jahrzehnten stand Georgien – von Bürgerkrieg und Wirtschaftsnot gezeichnet – für das Scheitern des Neubeginns nach dem Ende der Sowjetunion. Doch dem kleinen Land im Südkaukasus ist eine Modernisierung von Staat und Wirtschaft gelungen. Georgien sucht politisch, ökonomisch und gesellschaftlich Anschluss an Westeuropa. Doch viele Geister der Vergangenheit sind nicht überwunden. [Traumland Georgien. Deutungen zu Kultur und Politik](#) gibt Einblicke in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und kulturelles Selbstverständnis eines Landes, das im internationalen Tourismus derzeit hoch im Kurs steht.

Der Band 7/2018 hat 144 Seiten und enthält 50 Abbildungen sowie drei Karten. Mitglieder der DGO erhalten ihn zu einem Vorzugspreis von 8,40 Euro (statt 12,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Editorial

Traumland Georgien

Aka Morchiladze

Tbilisi (p)revisited
Skizzen einer Stadtgeschichte

Franziska Thun-Hohenstein, Zaal Andronikashvili

Die Kolchis und das Meer
Elemente einer symbolischen Raumordnung Georgiens

Jörg Stadelbauer

Schützen oder nutzen?
Konflikte über das Bauerbe in Georgien

Zaal Andronikashvili

Dichtung zwecks Wahrheit
Georgien: Eine literarische Biographie 1988–2018

Georgien in Zahlen
Wirtschaft und Gesellschaft

Giga Zedania

Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen
Paradoxien der Politik in Georgien

Nino Lejava

Polarisiert, fragmentiert, entpolitisiert
Ein Gespräch über Politik und Parteien in Georgien

Franziska Smolnik

Ambitionen, Konditionen, Restriktionen
Georgien auf der Neuen Seidenstraße



Schwerpunkt von Ausgabe 8–9/2018 **Gewagter Schnitt** ist der **Kirchenkonflikt um die Ukraine**. Thomas Bremer erläutert die Hintergründe des Kampfs der Patriarchen in Moskau und Konstantinopel und plädiert dafür, Kirchenfragen nicht durch die Brille der Geopolitik zu sehen. Alfons Brüning beleuchtet das Verhältnis der orthodoxen Kirchen in der Ukraine und die Haltung der Gläubigen zwischen Charkiv und Lemberg, von denen nun viele gegen ihren Willen gezwungen seien, sich zu positionieren. Wie Brüning erkennt auch Michael Kemper ein erhebliches Eskalationspotential, das vor allem in eigentumsrechtlichen Fragen ruht. Karten, Statistiken und Dokumente geben Einblick in die Strukturen dieser Dimension des umfassenden Konflikts. Außerdem im Heft: Tatjana Vorozhejkina analysiert den parasitären Autoritarismus in Russland, Otto Luchterhandt erzählt eine wahre Geschichte über den langen Arm des russischen Unrechtsstaats, Alena Ledeneva et al. unterziehen die Korruptionsforschung einer Kritik und Alexander Graef blickt auf die Landschaft der russischen Denkfabriken.

Der Band hat 160 Seiten und enthält 16 Abbildungen sowie fünf Karten. Mitglieder der DGO erhalten ihn zu einem Sonderpreis von 8,40 Euro (statt 12,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Tat'jana Vorozhejkina

Parasitärer Autoritarismus
Regime und Gesellschaft in Russland

Martin Pollack

„Ich glaube an die Kraft des Erzählens.“ Über historisches
Erinnern, die polnische Reportage und Teelöffel im Revers

S. Barsukova, E. Denisova-Schmidt, A. V. Ledeneva

Informalität oder Korruption
Kritik der quantitativen Korruptionsforschung

Otto Luchterhandt

Rechtsdialog besonderer Art
Der Kreml, der Fall Jukos und ein Gutachten

Dokumentation

Internationale NGOs, die Russland für unerwünscht
erklärt hat

Sergei Loznitsa

„Für Freiheit muss man kämpfen“
Zur Aktualität der Moskauer Schauprozesse

Alexander Graef

Denkfabriken und Expertise
Russlands außen- und sicherheitspolitische Community

KIRCHENKONFLIKT UM DIE UKRAINE

Thomas Bremer

Konflikt der Patriarchen
Über Orthodoxie und Autokephalie

Dokumentation

Erklärung der Heiligen Synode der Russischen
Orthodoxen Kirche vom 15.10.2018

Dokumentation

Orthodoxe Kirchen weltweit

Alfons Brüning

„Einfach orthodox?“
Ukraine: die Gläubigen und die Gesellschaft

Dokumentation

Demoskopie zur Orthodoxie

Michael Kemper

Streit um die Orthodoxie in der Ukraine
Die Risiken der kirchenpolitischen Eskalation

Bestellungen

Bitte bestellen Sie per Mail (osteuropa@dgo-online.org),
über die Website (www.zeitschrift-osteuropa.de)
oder per Telefon (030/30 10 45 -81 /-82).

OSTEUROPA-RECHT



In Ausgabe 3/2018 beschäftigen sich sieben Autoren mit der **Religionsfreiheit in Osteuropa**. In den Staaten des vormaligen „sozialistischen Lagers“ konnte von einer echten Religionsfreiheit nicht die Rede sein. Wie steht es heute in der Rechtspraxis um die Religionsfreiheit? Wird sie tatsächlich gelebt? Mit Blick auf die individuelle Religionsfreiheit kommen die Autoren zu einem vorsichtig positiven Ergebnis. Teilweise bedenkliche Tendenzen gebe es aber in Gesetzgebung und Praxis in Bezug auf die kollektive Religionsfreiheit. So konstatieren sie eine zunehmende Bevorzugung der fest in den Ländern verwurzelten Religionen, etwa der russisch-orthodoxen Kirche in Russland oder der römisch-katholischen Kirche in Ungarn und Kroatien.

Inhalt

Mikhail Antonov

Die Religionsfreiheit in Russland

Herbert Küpper

Die Religionsfreiheit in Ungarn

Jan Wintr

Die Religionsfreiheit in Tschechien

Alexander Bröstl, Ludmila Gajdošíková

Die Religionsfreiheit in der Slowakei

Piotr Kapusta

Die Religionsfreiheit in Polen

Tomislav Pintarić

Die Religionsfreiheit in Kroatien

Damir Banović, Ehlimana Memišević

Law and Religion in Bosnia and Herzegovina

Lukas Reiter

Die Verfassungsgerichtsbarkeit der Tschechischen Republik – eine verfassungsvergleichende Untersuchung mit dem österreichischen Recht

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der
Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag:
abo@nomos.de. Einzelhefte der OSTEUROPA-
RECHT kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement
kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00
Euro) zzgl. Versandkosten.

LÄNDER-ANALYSEN

Die DGO ist Mitherausgeberin der Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

Belarus-Analysen

Belarus-Analysen Nr. 38 (18.07.2018)
[Die digitale Revolution in Belarus](#)

Belarus-Analysen Nr. 39 (12.10.2018)
[Medienpolitik in Belarus](#)

Belarus-Analysen Nr. 40 (20.12.2018)
[Staat und Zivilgesellschaft](#)

Polen-Analysen

Polen-Analysen Nr. 222 (04.09.2018)
[Wahlmarathon 2018 bis 2020](#)

Polen-Analysen Nr. 223 (18.09.2018)
[Die Justizreform in Polen](#)

Polen-Analysen Nr. 224 (02.10.2018)
[Die Reform des Schulsystems](#)

Polen-Analysen Nr. 225 (16.10.2018)
[Europas Parlament – anerkannt, aber unbekannt](#)

Polen-Analysen Nr. 226 (12.11.2018)
[Die Selbstverwaltungswahlen 2018 – alle haben gewonnen und alle verloren](#)

Polen-Analysen Nr. 227 (27.11.2018)
[Deutsche Kriegsreparationen an Polen? Hintergründe und Einschätzungen eines nicht nur innerpolnischen Streites](#)

Polen-Analysen Nr. 228 (18.12.2018)
[Zum Europabild der polnischen Nationalkonservativen](#)

Russland-Analysen

Russland-Analysen Nr. 359 (21.09.2018)

[Der Islam in Tschetschenien](#)
[Finanzwirtschaft](#)

[Russische Einmischung in fremden Staaten](#)

Russland-Analysen Nr. 360 (05.10.2018)

[Regionalwahlen und Russlands Föderalismus](#)

Russland-Analysen Nr. 361 (02.11.2018)

[Russische Lebensmittelsanktionen](#)

Russland-Analysen Nr. 362 (16.11.2018)

[Russland und das Völkerrecht: Einige Widersprüche](#)

Russland-Analysen Nr. 363 (11.12.2018)

[Die Macht der *Silowiki*](#)

Ukraine-Analysen

Ukraine-Analysen Nr. 205 (25.09.2018)

[Informelle Gewaltakteure](#)

Ukraine-Analysen Nr. 206 (10.10.2018)

[Informelle Praktiken und Schwarzarbeit](#)

Ukraine-Analysen Nr. 207 (26.10.2018)

[Neue Spannungen in den ukr.-russ. Beziehungen](#)
[Ende des Hungerstreiks von Senzow](#)

Ukraine-Analysen Nr. 208 (06.11.2018)

[Internationale Gerichtsverfahren](#)
[Abschuss einer OSZE-Drohne im Donbass](#)
[Tod einer Antikorruptionsaktivistin](#)

Ukraine-Analysen Nr. 209 (27.11.2018)

[Eskalation im Asowschen Meer](#)
[Fünf Jahre Maidan](#)
[Die Ukraine und das EU-Beihilferechtssystem](#)

Ukraine-Analysen Nr. 210 (13.12.2018)

[Landwirtschaft](#)
[Soziales Unternehmertum](#)

Zentralasien-Analysen

Zentralasien-Analysen Nr. 127–128 (27.07.2018)

[Umgang mit zentralasiatischen Arbeitsmigranten in Russland](#)

[Die Wahrnehmung der EU in Zentralasien](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 129 (28.09.2018)

[Anpassungsprobleme afghanischer Kirgisen an das Leben in Kirgistan](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 130 (26.10.2018)

[Säkularer Staat und Islamismus in Tadschikistan](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 131 (30.11.2018)

[Terrorismusbekämpfung via Internet in Zentralasien](#)

Zentralasien-Analysen Nr. 132 (21.12.2018)

[Flüchtlingsschutz in Zentralasien](#)

Caucasus Analytical Digest

Caucasus Analytical Digest No. 104 (27.07.2018)

[Armenia's Velvet Revolution: Challenges to Regional Foreign Policy](#)

Caucasus Analytical Digest No. 105 (28.09.2018)

[Quality Assurance of Higher Education in the South Caucasus](#)

Caucasus Analytical Digest No. 106 (25.10.2018)

[Political Regime-Related Country Rankings](#)

Caucasus Analytical Digest No. 107 (27.11.2018)

[Economy-Related Country Rankings](#)

Russian Analytical Digest

Russian Analytical Digest No. 223 (12.09.2018)

[Russian Siloviki](#)

Russian Analytical Digest No. 224 (26.09.2018)

[Economic Risks and Opportunities for Putin's Fourth Term](#)

Russian Analytical Digest No. 225 (08.10.2018)

[Russia's Pension Reform](#)

Russian Analytical Digest No. 226 (06.11.2018)

[Russia and the Balkans](#)

Russian Analytical Digest No. 227 (14.11.2018)

[Regulatory Reform in Russia](#)

Russian Analytical Digest No. 228 (30.11.2018)

[Cultural Politics](#)

Mitglieder

Personalien

Neuaufnahmen

Baumann, Julia/München
Beensen, Franz/Leipzig
Florin, Dr. Moritz/Erlangen
Glorius, Prof. Dr. Birgit/Leipzig
Graßmann, Dr. Walter/München
Hartmann, Madeleine / Warschau
Hoy, Therese/Berlin
Junne, Peter/Falkensee
Kellermann von Schele, Dr. Dorothee/Bissendorf
Kleinmann, Johannes/Mainz
Kolecki, Jonas/Potsdam
Koryshev, Dr. Michail/St. Petersburg
Krafft, Anastasia/Hamburg
Pfeilschifter, Veronika/Aholting
Piasek, Michał/Berlin
Salusa, Norman/Berlin
Schroeder, Phillip/Ebstorf
Sieffert, Nadja/Hamburg/Berlin
Strietzel, Stefan / Mainz
Strzempa, Dr. des. Alina/Münster
Sveshtarska, Miloslava/Berlin
Valentin, Sascha/Gießen
Vöcker, Judith Therese/Pulheim
Waurig, Franz/Weimar

Abschiede

Dr. Johannes **Baar**, Lüneburg
 Verstorben am 29. Oktober 2018

Prof. Luigi Vittorio **Ferraris**, Vaccarile (Italien)
 Verstorben am 13. November 2018

Dr. Dietrich **Frenzke**, Lohmar
 Verstorben am 28. Dezember 2018

Veröffentlichungen

Bömelburg, Hans-Jürgen/**Lawaty**, Andreas (Hg.): [Preußen. Deutsche Debatten 18.–21. Jahrhundert. Eine Anthologie](#). Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 2018.

Bohn, Thomas M./**Hagen**, Kirsten von (Hg.): [Mythos Vampir. Bissige Lektüren](#). Abhandlungen zur Sprache und Literatur, Bd. 201, Romanistischer Verlag, Bonn 2018.

Bohn, Thomas M./**Gheorghe**, Adrian/**Paulus**, Christof/**Weber**, Albert (Hg.): [Corpus Draculianum. Dokumente und Chroniken zum walachischen Fürsten Vlad dem Pfähler 1448–1650](#). Bd. 1: Briefe und Urkunden. Teil 2: Die Überlieferung aus Ungarn, Mitteleuropa und dem Mittelmeerraum. Bearbeitet von Albert Weber, Adrian Gheorghe und Christof Paulus. Harrassowitz, Wiesbaden 2018.

Denisova-Schmidt, Elena (Gasthg.): [Cheating and Plagiarism in Higher Education](#). Higher Education in Russia and Beyond (HERB), 3 (17), HSE, Moskau 2018.

Feindt, Gregor/**Hilbrenner**, Anke/**Dahlmann**, Dittmar (Hg.): [Sport under Unexpected Circumstances. Violence, Discipline, and Leisure in Penal and Internment Camps](#). Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2018.

Ganzenmüller, Jörg (Hg.): [Europas vergessene Diktaturen. Diktatur und Diktaturüberwindung in Spanien, Portugal und Griechenland](#). Europäische Diktaturen und ihre Überwindung, Bd. 24, Böhlau, Wien et al. 2018.

Haarmann, Hermann/**Hartmann**, Anne (Hg.): [„Auf nach Moskau!“ Reiseberichte aus dem Exil. Ein internationales Symposium](#). Tectum Wissenschaftsverlag, Baden-Baden 2018.

Hein-Kircher, Heidi/**Kailitz**, Steffen (Gasthg.): [Special section: Between the Wars](#). Nationalities Papers, Vol. 46, 5/2018.

Koroliow, Sonja/**Zink**, Andrea (Hg.): [Muße, Faulheit, Nichtstun. Fehlende und fehlschlagende Handlungen in der russischen und europäischen Literatur seit der Aufklärung](#). Wiener Slawistischer Almanach, Sonderband 91, Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. 2017.

Krawatzek, Félix: [Youth in Regime Crisis: Comparative Perspectives from Russia to Weimar Germany](#). Oxford University Press, Oxford 2018.

Küpper, Herbert: [Einführung in die Verfassungssysteme Südosteuropas](#). Schriften zur Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht, Bd. 5, Verlag Österreich/Berliner Wissenschafts-Verlag, Wien/Berlin 2018.

Kusber, Jan: [Vospitanie élit i narodnoe obrazovanie Rossijskoj imperii XVIII – pervoj poloviny XIX veka. Diskurs, zakonodatel'stvo, real'nost'](#) [Dt.: Eliten- und Volksbildung im Russländischen Imperium des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diskurs, Gesetzgebung, Realität]. Rosspen, Moskau 2018.

Lekke, Mir'ja/**Čchaidze**, Elena: [Rossija - Gruzija posle imperii. Sbornik stat'ej](#) [Dt.: Lecke, Mirja/Chkhaidze, Elena: Russland und Georgien nach dem Imperium. Aufsatzsammlung]. NLO, Moskau 2018.

Lorenz, Astrid/**Formánková**, Hana (Hg.): [Das politische System Tschechiens](#). Springer VS, Wiesbaden 2018.

Menzel, Nadine: [Nach Moskau und zurück. Die Reiseschriften von Ethel Snowden, Sylvia Pankhurst und Clare Sheridan über das postrevolutionäre Russland im Jahr 1920](#). Böhlau, Wien et al. 2018.

Nolte, Hans-Heinrich/**Wernstedt**, Rolf (Hg.): [Russlandbilder – Deutschlandbilder](#). Zur Kritik der Geschichtsschreibung Bd. 15, Musterschmidt, Gleichen 2018.

Plaggenborg, Stefan: [Pravda. Gerechtigkeit, Herrschaft und sakrale Ordnung in Altrussland](#). Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2018.

Slutsch, Sergej/**Tischler**, Carola: [Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven](#). Band 2: Januar 1935 – April 1937. De Gruyter Oldenbourg, München 2018.

Smola, Klavdia (Gasthg.): [Jewish Underground Culture in the Late Soviet Union](#). East European Jewish Affairs, Special Issue, Vol. 48, Issue 1/2018.

Smola, Klavdia/**Lipovetsky**, Mark (Gasthg.): [Russia – Culture of \(Non\)Conformity: From the Late Soviet Era to the Present](#). Russian Literature, Special Issue, Vol. 96–98/2018.

Troebst, Stefan/**Ganjalyan**, Tamara/**Kovács**, Bálint (Hg.): [Armenier im östlichen Europa. Eine Anthologie](#). Bd. 1, Böhlau, Köln et al. 2018.

Troebst, Stefan/**Ruchniewicz**, Krzysztof/**Zybura**, Marek (Hg.): [In officio amicitiae. Andreas Lawaty, dem Grenzgänger und Freund, zum 65. Geburtstag](#). Neisse Verlag, Dresden 2018.

Worschech, Susann: [Die Herstellung von Zivilgesellschaft: Strategien und Netzwerke der externen Demokratieförderung in der Ukraine](#). Netzwerkforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2018.

Zagańczyk-Neufeld, Agnieszka (Hg.): [Andersdenken in Russland](#). Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd. 3/2018, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018.

Fachgruppen

Die Fachgruppen haben eine lange Tradition in der DGO. In den letzten Jahren sind sie aber nicht mehr so intensiv für den Austausch in und über die einzelnen Disziplinen genutzt worden. Dies hängt mit der drastischen Kürzung der Lehrstühle in einigen Fachrichtungen nach 1989 zusammen, während gleichzeitig die Regionalwissenschaften, die so genannten Area Studies, mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zunehmend in Frage gestellt wurden. Darüber hinaus hat der Austausch auf nationaler Ebene durch die Internationalisierung der Wissenschaften an Bedeutung verloren. Das soll sich wieder ändern! Die DGO hat daher nach einer Umfrage unter den Mitgliedern Sprecherinnen und Sprecher für die Fachgruppen ernannt. Damit wollen wir mehr Transparenz nach innen und außen schaffen und die Kommunikation innerhalb und über die einzelnen Disziplinen hinaus beleben. Wir erhoffen uns davon auch, weitere Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler für die DGO zu gewinnen. Und da die Fachtagungen natürlich weiterhin ein Forum für den internationalen Austausch sind, können diese vielleicht noch stärker genutzt werden, um die Osteuropaexpertise im deutschsprachigen Raum international bekannter zu machen. Sehr erfreulich ist, dass die neuen Teams die universitäre und außeruniversitäre Forschung ausgewogen vertreten. Wir freuen uns, die Sprecherinnen und Sprecher hier im Rundbrief vorzustellen und nutzen die Gelegenheit, uns bei ihnen für das Engagement zu bedanken! Bei Anregungen und Fragen können Sie sich künftig gerne direkt an diese wenden.

Geografie | Kontakt: geografie@dgo-online.org



© ZMT Bremen

Dr. **Henryk Alff** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT) in Bremen. Er beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Entwicklung, Migration und Umweltwandel sowie mit der Grenzlandforschung in Zentralasien und im tropischen Westafrika. Seine überwiegend ethnographische Forschung verortet sich in den kritischen Regionalwissenschaften.



© privat

Prof. Dr. **Birgit Glorius** ist Professorin für Humangeographie mit dem Schwerpunkt Europäische Migrationsforschung und Angehörige des Instituts für Europäische Studien an der TU Chemnitz. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Migrationsforschung und des Demographischen Wandels; zudem arbeitet sie zu sozialgeographischen Themen und Fragen der Regionalentwicklung.

Geschichte | Kontakt: geschichte@dgo-online.org



© C. Junghänel, Herder-Institut

PD Dr. **Heidi Hein-Kircher** leitet die Abteilung Wissenschaftsforum am Herder-Institut für Historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, an dem sie seit 2003 arbeitet. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Stadtgeschichte im östlichen Europa, politische Mythen und Kulte, Sicherheits- und Konfliktgeschichte im östlichen Europa sowie die Geschichte der Familienplanung.



© privat

Die Historikerin Prof. Dr. **Julia Obertreis** leitet den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Sie ist Vorsitzende des Verbands der Osteuropahistorikerinnen und -historiker und beschäftigt sich unter anderem mit der Geschichte von Imperien sowie mit Medien-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte.

Politik- und Sozialwissenschaften | Kontakt: pol-soz@dgo-online.org



© Heide Fest

Prof. Dr. **Timm Beichelt** ist Professor für Europa-Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Europäische Union, Demokratie in Osteuropa, Kultur und Politik sowie Rechtsradikalismus in Osteuropa.



© Universität Bonn

Dr. **Evelyn Moser** ist Akademische Rätin auf Zeit am Forum Internationale Wissenschaft der Universität Bonn. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der politischen Soziologie und gelten speziell dem Vergleich demokratischer und autokratischer Regime und der Zivilgesellschaftsforschung.

Recht | Kontakt: recht@dgo-online.org



© Gisela Gross

Prof. Dr. **Burkhard Breig** ist Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht und Osteuropäisches Recht mit besonderer Berücksichtigung Russlands am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin. Er leitet gleichzeitig die Abteilung Recht des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte sind das Zivil- und Verfassungsrecht der Nachfolgestaaten der Sowjetunion.



© Hochschule Rhein-Main

Prof. Dr. **Rainer Wedde** lehrt Wirtschaftsrecht an der Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain. Er ist Mitherausgeber der Deutsch-Russischen Rechtszeitschrift (DRRZ). Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Gesellschafts- und Insolvenzrecht, regional beim Recht Russlands und der Ukraine.

Religion | Kontakt: religion@dgo-online.org

© Niino Into

Prof. Dr. **Thomas Bremer** ist Professor für Ökumenik, Ostkirchenkunde und Friedensforschung an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Orthodoxie in Russland, der Ukraine und in Serbien, ökumenische Beziehungen zwischen westlichen und östlichen Kirchen sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften in Konfliktsituationen.



© Annette Riedl

Die Theologin Dr. **Regina Elsner** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin. Ihr Forschungsschwerpunkte sind die Sozialethik der Russischen Orthodoxen Kirche und das Verhältnis von Kirche, Staat und Gesellschaft in Russland nach dem Ende der Sowjetunion.

Literatur- und Kulturwissenschaft | Kontakt: lit-kult@dgo-online.org

© privat

Die Literaturwissenschaftlerin Dr. **Christine Gözl** leitet am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europas (GWZO) die Abteilung „Wissenstransfer und Vernetzung“ und ist als Fachkoordinatorin für die Literaturwissenschaft am Institut zuständig. Die promovierte Literaturwissenschaftlerin arbeitet zu Literatur und Kultur, insbesondere Film, des östlichen Europas mit einem Schwerpunkt auf Russland und Tschechien im 20./21. Jahrhundert.



© LMU München

Der Slavist Prof. Dr. **Riccardo Nicolosi** ist Professor für Slavische Philologie und Literaturwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die russische und die bosnisch-kroatisch-serbischen Literaturen, Rhetorik (Epideixis, Wissenschaftsrhetorik, politische Rhetorik), Literatur und Wissenschaft (Psychiatrie, Medizin, Gedankenexperimente), Literaturtheorie (kontrafaktisches Erzählen, Abenteuerliteratur).

Wirtschaft | Kontakt: wirtschaft@dgo-online.org

© SWP

Dr. **Janis Kluge** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik. Dort beschäftigt er sich mit Fragen der russischen Wirtschaftsentwicklung und Innenpolitik.



© LMU München

Alexander Libman ist Professor für sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die vergleichende Autoritarismusforschung, russische subnationale Politik, historische Determinanten der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Eurasiens und internationale Kooperation der autoritären Staaten.

Junge DGO

Die Initiative, spezifische Angebote für junge Mitglieder in der DGO zu schaffen sowie diese Gruppe besser miteinander zu vernetzen, hat in Form der „Jungen DGO“ Gestalt angenommen. Eine Umfrage zu den Erwartungen, die die Mitglieder im Alter bis zu 35 Jahren mit ihrer Mitgliedschaft in der DGO verknüpfen, und der Workshop „Zukunft Osteuropa“ [s. Seite 30–33] haben gezeigt, dass das Interesse an diesem Thema groß ist.

Zwei SprecherInnen werden als Ansprechpersonen für die Mitglieder sowie die Geschäftsstelle und den Vorstand fungieren, die Wünsche und Interessen der jungen Mitglieder im Vorstand der DGO vertreten und die weiteren Aktivitäten koordinieren. Die erste ordentliche Wahl der SprecherInnen findet unmittelbar nach der

Jahrestagung am 15. März 2019 in Berlin statt. In der Zwischenzeit üben Rebekka Pflug und Vera Rogova das Amt kommissarisch aus.

Als Ergebnis des Workshops „Zukunft Osteuropa“ haben wir die Arbeitsgruppen (AGs) Kommunikation, Mentoring und Veranstaltungsformate gegründet. Die Mitglieder erarbeiten in Abstimmung mit der Geschäftsstelle Konzepte, die im Laufe des nächsten Jahres geprüft und umgesetzt werden sollen. Wenn Sie Interesse haben, sich aktiv in eine der Arbeitsgruppen einzubringen oder wenn Sie Fragen, Anliegen, Kritik oder Vorschläge haben, erreichen Sie Rebekka Pflug und Vera Rogova unter der Email-Adresse: jungedgo@dgo-online.org.



© privat

Rebekka Pflug studiert seit 2016 Osteuropastudien im Master am Osteuropa-Institut (OEI) der Freien Universität Berlin. Sie beschäftigt sich mit Polen, den Frauenrechten und Gendertheorien. Zur DGO kam sie über ein Praktikum während des Bachelor-Studiums.



© HSFK

Vera Rogova promoviert seit 2015 an der Goethe Universität Frankfurt/M. in Politikwissenschaft und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), wo sie zur russischen Innen- und Außenpolitik sowie den westlich-russischen Beziehungen arbeitet.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung**Personalien**

Seit Oktober 2018 lehrt **Malte Rolf** an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg die Geschichte Europas der Neuzeit mit Schwerpunkt Osteuropa. Zuvor hatte er von 2012 bis 2018 die Professur für Geschichte Mittel- und Osteuropas an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg inne.

Klavdia Smola hat einen Ruf der Technischen Universität Dresden erhalten und übernimmt ab dem Sommersemester 2019 den Lehrstuhl für Slavische Literaturwissenschaft. Nach ihrer Habilitation 2016 war sie Vertretungsprofessorin am Institut für Slawistik an der Universität Greifswald und Research Fellow am kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz.

Veranstaltungsberichte

Die Baltischen Staaten: Sicherheits- und EU-Politik

Bericht: Gabriele Freitag, Michal Piasek, DGO
Fotos: DGAP (S. 25), Dirk Enters (S. 26/27)

Sicherheit im Baltikum: Wahrnehmung und Realität

In den letzten Jahren ist die Forderung nach einer NATO-Präsenz im Baltikum lauter geworden. Die Stationierung deutscher Truppen in Litauen ist eine Antwort auf die wachsende Sorge vor einem militärischen Konflikt mit Russland. Innerhalb der NATO gibt es aber auch kritische Stimmen, die vor einer Provokation Russlands durch die verstärkte Präsenz der NATO an ihrer östlichen Grenze warnen.

Die sicherheitspolitische Beraterin im Außenministerium Estlands, Riina KALJURAND, äußerte eingangs ihr Erstaunen darüber, dass die Bedenken der baltischen Staaten noch immer nicht ernst genommen werden. Gleichzeitig betonte sie, dass es sich bei den sicherheitspolitischen Befürchtungen nicht um ein baltisches, sondern um ein europäisches Problem handele. Die baltischen Staaten, so Kaljurand, erleben russische Einflussnahme in unterschiedlichen Bereichen, etwa in Wirtschaft und in Politik. Die militä-

rische Aufrüstung entlang der russischen Westgrenzen werde aber mit besonderer Sorge beobachtet. Für die baltischen Staaten sei die enge Allianz mit den USA daher nach wie vor zentral. Die Europäische Union sei nicht in der Lage, Sicherheit zu garantieren. Ein rhetorisches Gefecht mit der derzeitigen US-amerikanischen Führung könnten die baltischen Staaten sich aus diesem Grund nicht leisten – auch wenn die US-amerikanische Politik problematisch sei.

Der unabhängige russische Sicherheitsexperte Alexander GOLTS verwies darauf, dass der russische Präsident Putin und der US-amerikanische Präsident Trump sich in ihrer Einschätzung des gegenwärtigen Konflikts einig seien: Dieser sei weder politisch noch militärisch zu lösen. Die baltischen Staaten hätten nun die Rolle Deutschlands

im Kalten Krieg übernommen. Die Truppenkonzentration auf beiden Seiten zeige den Ernst der Situation. Auch wenn Golts keine unmittelbare Gefahr eines russischen Angriffs auf das Baltikum sieht, betont er,

ebenso wie Kaljurand, dass die Solidarität der NATO-Partner das wichtigste Abschreckungsmittel sei – und dies im eigenen Interesse, denn die Sicherheit Europas sei nicht nur an den vermeintlichen jetzigen Konfrontationslinien gefährdet. Umso wichtiger sei die Beibehaltung der Verträge über gegenseitige Rüstungskontrolle. Dies sollte das zentrale Thema zwischen Russland und der NATO sein. Dabei sei der Dialog zwischen den beteiligten Personen besonders wichtig.

Dem stimmte auch Christoph SCHWEGMANN, Mitarbeiter im Planungsstab des Auswärtigen Amts, zu. Die Truppenkonzentration auf beiden Seiten sei äußerst besorgniserregend. Und ebenso wie die sicherheitspolitischen Befürchtungen Deutschlands im Kalten Krieg müssten die Sorgen der baltischen Staaten als gesamteuropäisches Problem verstanden werden.

In diesem Zusammenhang gingen Golts und Kaljurand auf den Dialog mit der Zivilbevölkerung ein. In Russland, so Golts, lasse sich die gleiche Haltung wie in anderen Ländern beobachten: „Wir glauben den offiziellen Medien nicht, aber wir mögen, was sie sagen“. Golts stellte die provokante These auf, dass nicht die hybride Kriegsführung neu sei, sondern die Tatsache, dass der russischen Propagan-

da heute gelinge, was die sowjetische nicht geschafft habe: im Westen zu überzeugen. Demgegenüber verwies Kaljurand darauf, dass sich die Haltung der estnischen Regierung gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung im eigenen Land seit der zugespitzten Sicherheitslage verbessert habe. Frühere Bedenken bezüglich deren Loyalität hätten sich nach 2014 als weitgehend unbegründet erwiesen. Estland habe aus den Konflikten um das sowjetische Kriegerdenkmal im Jahr 2007 gelernt. Russischsprachige Bürger könnten heute die estnische Staatsbürgerschaft leichter erhalten und es gebe mehr Angebote für ältere Menschen, Estnisch zu lernen. Junge russischsprachige Menschen im Land seien heute viel stärker an Estland interessiert als früher. Dies sei für die sicherheitspolitische Situation des Landes von großer Bedeutung.



Alexander Golts, Riina Kaljurand

Vortrag und Diskussionen
am 5. und 20. September 2018,
Berlin

In Kooperation mit dem Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Die Rolle der baltischen Staaten in der EU

Der zweite Teil der Veranstaltungsreihe beschäftigte sich mit der Rolle der baltischen Staaten im Reformprozess der Europäischen Union. In seiner Rede skizzierte der lettische Außenminister Edgars RINKĒVIČS die Sicht Lettlands auf die EU. Wichtigstes Thema sei derzeit der geplante Austritt Großbritanniens aus der Union und die damit verbundene künftige Stimmenverteilung innerhalb der EU. Von großer Bedeutung für Lettland seien auch die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts sowie die politischen Entwicklungen

Polens und Ungarns und die daraus resultierenden Vertragsverletzungsverfahren seitens der EU.

Die angespannte Lage, so Rinkēvičs, bestärke ihn in seiner Position, mehr Geld in die Sicherheitspolitik zu investieren, um die Souveränität einzelner Staaten zu gewährleisten. Er verurteilte die Cyberattacken und Hackerangriffe auf einzelne Staaten. Gleichzeitig bekräftigte er aber die Wichtigkeit der digitalen Entwicklung und Vernetzung und betonte, dass das Baltikum hier auf einem guten Weg sei.



Edgars Rinkēvičs

Der Außenminister vertrat die Ansicht, Russland aufgrund der verstärkten Aggression nicht mehr als strategischen Partner zu betrachten und befürwortete weitere Sanktionen gegen das Land. Im Gegensatz dazu und trotz der mittlerweile großen Differenzen zwischen den USA und der EU bezeichnete er die USA weiterhin als wichtigen Partner der EU und bestätigte damit die Haltung Riina Kaljurands in der vorausgegangenen Veranstaltung. Die NATO-Investitionen und deren Präsenz im Baltikum und Ostmitteleuropa seien von zentraler Bedeutung. Zudem mahnte er an, das Ziel der Investitionen von 2 Prozent des BIP einzuhalten, was Lettland bereits gelinge. Einer möglichen EU-Erweiterung stand der Außenminister skeptisch gegenüber. Vor einem Beitritt Serbiens müsste die Grenze mit dem Kosovo zunächst geklärt werden. Sonst hole man sich wieder neue Probleme in die EU.

Andreas PESCHKE, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, ging in seinem Kommentar auf die bisher kaum angesprochene Östliche Partnerschaft ein. Diese sei von großer Bedeutung für die EU und dürfe nicht vernachlässigt werden. Dabei warb er für eine stärkere Einbindung dieser Länder in EU-Prozesse. Die Frage, wie weit die EU-Politik im Hinblick auf die Östliche Partnerschaft tatsächlich wertebasiert oder vornehmlich interessengeleitet sei, wurde im Publikum kontrovers diskutiert.

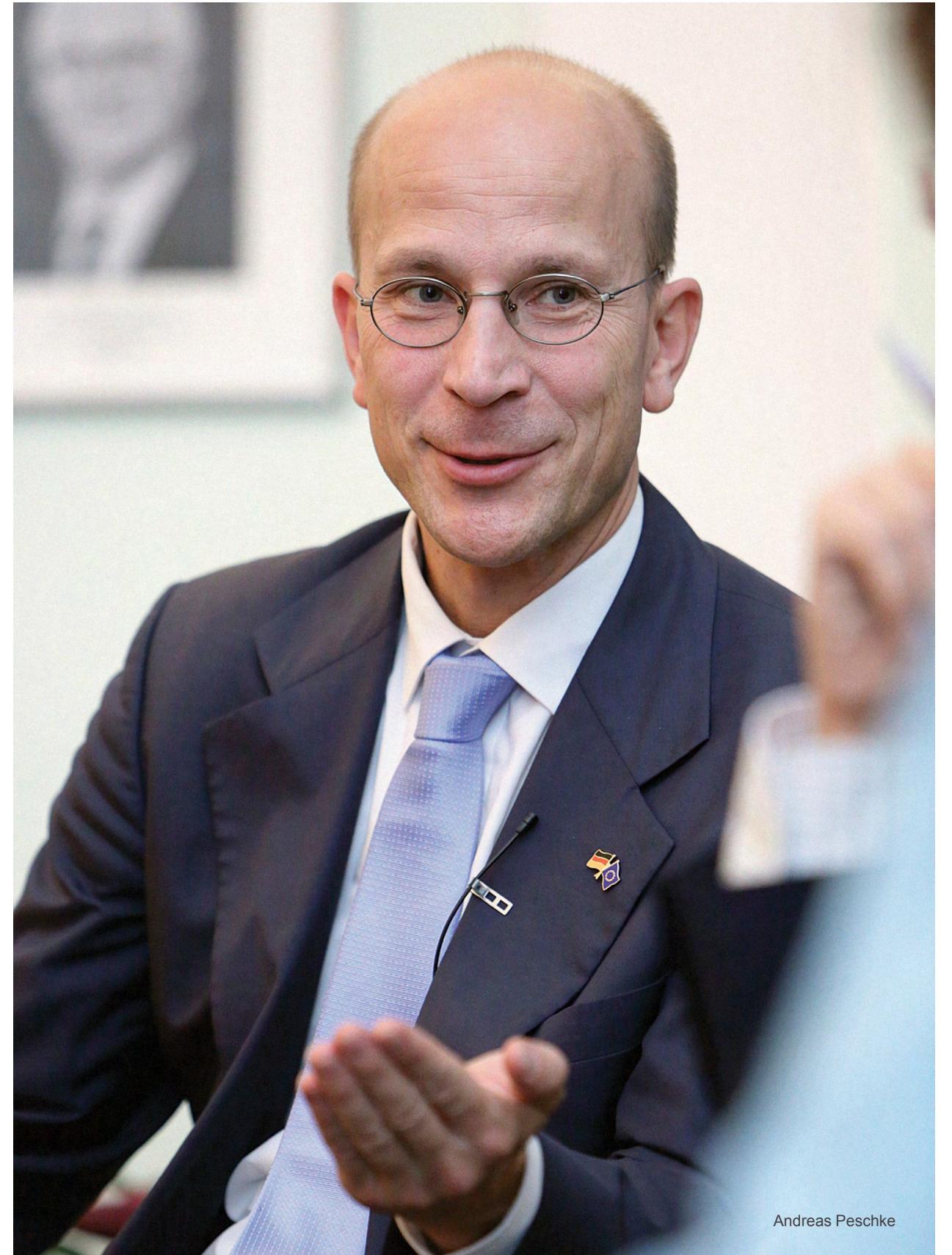


Gabriele Freitag

Auf die Frage nach den internen und externen Herausforderungen der EU und der damit verbundenen EU-Integration, wies Daniela Schwarzer, Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, auf Fehler hin, die bei der Integration der östlichen EU-Länder gemacht worden seien. Die Konflikte mit Polen und Ungarn seien auch darauf zurückzuführen. Zudem habe die EU in den letzten Jahren die Kontrolle über ihre Außengrenzen verloren. Noch sei unklar, wie diese Kontrolle wieder herzustellen sei. Gleichzeitig widersprach sie aber der Einschätzung, die EU sei nicht mehr handlungsfähig.

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen zum europäischen Parlament

2019 bemängelte Außenminister Rinkēvičs, die EU sei zu weit von der Bevölkerung entfernt. Der Wahlkampf werde auf lokaler Ebene ausgetragen, obwohl das Parlament in Brüssel keine lokalen Fragen klären könnte. Das mangelnde Interesse der lettischen Bevölkerung manifestiere sich in der geringen Wahlbeteiligung, bei den letzten EU-Wahlen gaben etwa 30 Prozent der wahlberechtigten Letten ihre Stimme ab. Dabei handele es sich aber nicht um ein explizit lettisches Problem. Auf die Frage aus dem Publikum, was sich an der EU verbessern ließe, erwiderte Rinkēvičs, dass es „mehr EU“ geben müsse – eine Antwort, die vom Publikum sehr geteilt aufgenommen wurde.



Andreas Peschke

Östliche Partnerschaft: Reformprozesse und Möglichkeiten für regionale Kooperation

Bericht: Michał Piasek, DGO
Fotos: Olga Dryndova, dbg

Mit der politischen und militärischen Eskalation zwischen Russland und der Ukraine 2014 schien die Östliche Partnerschaft (ÖP) der Europäischen Union weitgehend gescheitert. Statt, wie 2009 intendiert, Reformen und regionale Zusammenarbeit in der östlichen Nachbarschaft zu befördern, verstärkte die EU mit diesem Politikkonzept ungewollt sowohl politische Konflikte in den Zielländern als auch die Integrationskonkurrenz zwischen der EU und Russland. Inzwischen hat jedoch ein vorsichtiger Neubeginnsprozess eingesetzt. So unterstützt die EU Georgien, Moldova und die Ukraine bei der Umsetzung von Assoziierungsabkommen. Zugleich ist sie bereit, Armenien und Belarus andere vertragliche Kooperationsformate anzubieten, welche mit der Mitgliedschaft dieser Länder in der Eurasischen Wirtschaftsunion vereinbar sind.

Über die konkrete Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern der ÖP diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Belarus, Georgien und Deutschland auf Einladung der deutsch-belarussischen Gesellschaft

(dbg), der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und der Europäischen Akademie Berlin (EAB).

Tamara ZODELAVA, Mitarbeiterin der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit in Tiflis, stellte die Arbeit des Regionalfonds für Verwaltungsfragen vor. Eine der wichtigsten Aufgaben des Fonds liegt in der Stärkung der nationalen Parlamentsverwaltungen. Mit Ausnahme von

Aserbaidschan haben die Parlamentspräsidenten der anderen fünf Staaten inzwischen eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Der länderübergreifende Dialog unter den Partnern der ÖP sei ein zentraler Aspekt der Arbeit des Regionalfonds. Im Rahmen dieser auf Sachfragen konzentrierten Arbeit sei auch eine Kooperation zwischen Staaten wie Armenien und Aserbaidschan möglich, die aufgrund des anhaltenden

Konflikts um die Region Bergkarabach in anderen Kontexten zur Zeit nicht denkbar ist.

Mikalai KVANTILIANI aus Minsk, Sprecher des Eastern Partnership Civil Society Forum Belarus, beton-

te ebenfalls, dass der Austausch unter den Ländern der ÖP eine wichtige Rolle spielt. Als Beispiel dafür nannte er den Erfahrungsaustausch zwischen den wirtschaftlich relativ schwachen Staaten Belarus und Armenien über die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion. Da Belarus Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion ist, gleichzeitig aber auch interessiert an der Zusammenarbeit mit der EU sei, bedeute dies allerdings eine Gratwanderung. Die enge Bindung zu Russland lasse keine großen Spielräume bei politischen Entscheidungen zu.

Auch Stephan MALERIUS, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, kritisierte die Haltung Russlands gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken. Staaten wie Moldova, die Ukraine und Belarus würden zu einer Art Zwischeneuropa degradiert. Positiv

durch die Zusammenarbeit und die EU-Förderung sowie Dienstleistungs- und Zuschussprojekte sei der Wille zu weiterer Kooperation gewachsen. Allerdings sei die Förderbedingung der EU, Partner auf lokaler Ebene unmittelbar in die Projektarbeit einzubeziehen, schwierig umzusetzen, da die Standards für die Mittelverwaltung zu hoch seien. Außerdem könnten die Programme nicht in allen Staaten umgesetzt werden. So ist in Aserbaidschan die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Staat nicht möglich. Die EU gebe inzwischen zwar erheblich mehr Mittel für zivilgesellschaftliche Projekte aus. Es bleibe aber unklar, welche strategischen Ziele sie damit verfolge.

Einige Fragen konnten in der Diskussion nur angerissen werden: Was geschieht nach den vereinbarten

Podiumsdiskussion am 10. Oktober 2018, Berlin

In Kooperation mit der deutsch-belarussischen Gesellschaft und der Europäischen Akademie Berlin



Stephan Malerius



Tamara Zodelava, Astrid Sahn



Mikalai Kvantiliani

zu bewerten hingegen sei die Entwicklung einer eigenen regionalen Identität der Staaten des Kaukasus.

Sehr positiv bewertete Kvantiliani die im Rahmen der ÖP erfolgte Lockerung der Visafreiheit und die damit verbundene Öffnung des Staates. Diese Öffnung habe auch die Entwicklung und das Wachstum der digitalen Märkte beeinflusst. Darüber hinaus gebe das Programm der ÖP auch zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Stimme. Diese seien im Gespräch mit den Außenministern der Länder der ÖP. Trotzdem sei die Situation in Belarus nach wie vor unbefriedigend. Die Gründung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sei weiterhin schwierig. Vor allem Menschenrechtsorganisationen würden weiterhin in ihrer Arbeit behindert und nicht registrierte NGOs unter Strafe gestellt. Meinungsfreiheit sei daher nicht gegeben.

Malerius betont, dass es zwar wenige eigenständige und tatsächlich im zivilgesellschaftlichen Sinne agierende NGOs in den Staaten der ÖP gebe, doch

Zielen der ÖP bis zum Jahr 2020? Gibt es mittlerweile eine EU-Frustration? Sind die Zivilgesellschaften in der Lage den proeuropäischen Kurs beizubehalten? Diese Fragen müssten schnell angegangen werden, um eine weitere Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Astrid SAHM (dbg) betonte, die Zusammenarbeit in der ÖP sei mühsam, gleichzeitig werde aber konkret und konzentriert gearbeitet. Probleme könne man nur gemeinsam lösen.

Die Frage, ob die wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit innerhalb der EU sich auch auf die Gesellschaften in den Staaten der ÖP auswirkt, verneinte Tamara Zodelava mit Blick auf Georgien. In Georgien seien inzwischen auch einige Vertreterinnen und Vertreter aus dem NGO-Sektor in die Politik gegangen. Dies habe sich positiv auf die Zusammenarbeit von politischen und gesellschaftlichen Akteuren ausgewirkt. Wie hoch die Attraktivität der EU in den anderen Gesellschaften der ÖP heute ist, blieb offen.

Zukunft Osteuropa Veranstaltung für junge Osteuropa-Interessierte

Bericht: Gabriele Freitag, DGO

Fotos: Julia Teine

Die DGO möchte stärker auf junge Menschen zugehen, die sich wissenschaftlich und beruflich für Osteuropa interessieren. Zu diesem Zweck organisierte die Geschäftsstelle im Herbst 2018 gemeinsam mit jungen Mitgliedern eine Veranstaltung, die sich an Osteuropa-Interessierte im Alter bis zu 35 Jahren richtete. Ziel war es, eine zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit der Region zu befördern, Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder mit Bezug zum östlichen Europa zu geben, die Teilnehmenden in Kontakt mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen zu bringen und über attraktive Angebote für junge Menschen in der DGO zu beraten.

In einem Impulsvortrag zur „Osteuropaexpertise in Zeiten zunehmender Polarisierung“ stellte Ruprecht POLENZ einige Thesen zur Relevanz der akademischen und außerakademischen Beschäftigung mit dem östlichen Europa zur Diskussion: Wissenschaft habe nicht den Auftrag, Entwicklungen in der Region zu prognostizieren, wohl aber die Aufgabe, historische Bezüge

und aktuelle Entwicklungen in einen Zusammenhang zu bringen und damit auch eine Übersetzungsarbeit aus dem akademischen in den gesellschaftlichen Bereich zu leisten. Gerade in Zeiten zunehmender „Fake news“ sei dies sehr wichtig. Transformationsforschung müsse neu gedacht werden. Das Konzept linearer Entwicklungsprozesse von autoritären hin zu demokratisch verfassten Systemen und Gesellschaften habe sich als kurzsichtig erwiesen. Deshalb seien neue Analyseraster für die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Ostmittel- und Osteuropa erforderlich. Außerdem stellten die aktuellen Entwicklungen auch das bisherige politische Koordinatensystem von „Ost“ und „West“ in Frage. Die Klammer „postsowjetisch“ oder „postsozialistisch“ werde den Unterschieden in den einzelnen Staaten nicht gerecht. Für die DGO bedeute dies die Herausforderung, den Raum Osteuropa neu zu definieren.

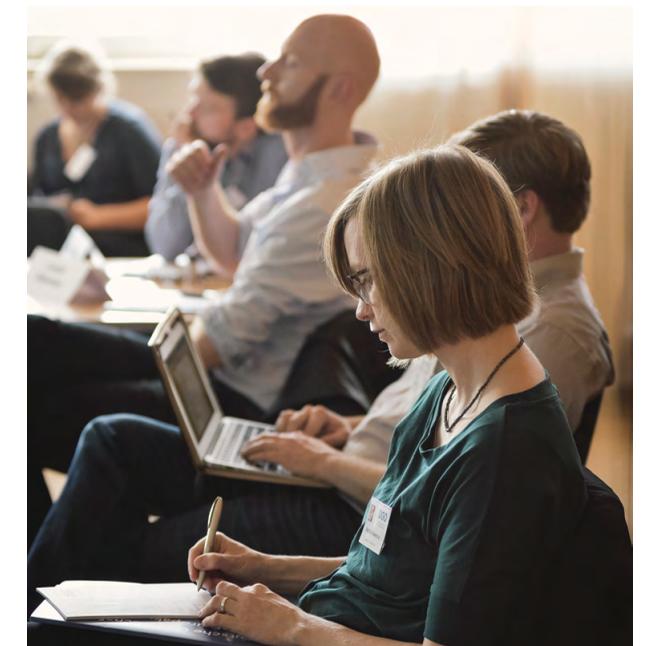
In der anschließenden Diskussion ging es zunächst um die Einordnung des Phänomens der Falschmel-



dungen, Fake news, und die Frage, wie weit diese tatsächlich zur Polarisierung beitragen. Polen ordnete Falschmeldungen als ein Relikt der Sowjetzeit ein. Im Zeitalter des „Postfaktischen“ würden sich aber auch die USA dieser Methode bedienen. Ziel von Fake news sei es, so viele Geschichten und Möglichkeiten in die Welt zu setzen, dass keine mehr geglaubt werde. Fake News produzierten eine Art Nebel, in dem man sich an Geräuschen bzw. an dem, der am lautesten sei, orientiere. Umstritten blieb die Frage, warum viele Menschen in Ostmittel- und Osteuropa autokratische Tendenzen befürworteten. Polen begründete die Delegitimierung des Liberalismus damit, dass die Bürger sich politisch und gesellschaftlich ignoriert und betrogen fühlten, während populistische Äußerungen ihnen vermittelt, gehört zu werden. Die provokante Gegenthese lautete, dass die Menschen im östlichen Europa den westlichen Demokratiediskurs nach dem Zusammenbruch des Sozialismus unreflektiert übernommen hätten. Die Wende zum Autoritarismus könne damit paradoxerweise auch als politische Mündigkeit gedeutet werden. Außerdem seien viele junge Menschen nicht mehr so empfänglich für Populismus und nutzten die sozialen Medien, um sich besser zu vernetzen und um neue Bewegungen zu schaffen. Auf die Kritik, dass Osteuropa immer durch eine „Krisenbrille“ betrachtet werde, wurden Filme und Literatur aus dem östlichen Europa als Kunstformen mit internationalem Renommee als Positivbeispiele genannt. Aber auch im politischen Bereich gebe es positive Trendwenden im postsowjetischen Raum. So erfahre

Usbekistan nach jahrelanger Diktatur eine erste politische und gesellschaftliche Öffnung. Armenien und Georgien entwickelten sich im zivilgesellschaftlichen Bereich klar in eine pro-europäische Richtung. Problematisch sei aber, dass selten über solche Beispiele gesprochen werde. Wichtig sei es, mehr über positive Entwicklungen zu publizieren. Abschließend ging es um die Haltung der EU gegenüber ihren Mitgliedsstaaten Ungarn und Polen. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisierten die Haltung der Europäischen Volkspartei zur Politik der ungarischen Partei Fidesz und forderten Ruprecht Polenz als CDU-Politiker zu einer Stellungnahme auf. Polenz schlug vor, Parteien wie Fidesz im Verbund der konservativen EVP in eine Art „Ruhezustand“ zu versetzen, da sie die europäischen Werte der EVP nicht mehr vertreten. Allerdings hätten viele Politiker, darunter auch Viktor Orbán, in den 1990er Jahren zunächst eine neoliberale Politik verfolgt. Mit einem selbstkritischen Blick auf die eigene frühere Einschätzung des türkischen Präsidenten Recep Erdoğan warb Polenz für Verständnis dafür, dass ein politisches Frühwarnsystem nicht immer funktioniert.

In vier Workshops informierten sich die Teilnehmenden über unterschiedliche Berufsfelder. Sabine FISCHER, Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, und Ruprecht POLENZ, langjähriger Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, gaben Einblicke in die Aufgaben der Politik und Politikberatung. Ralf ORLIK, Länderbeauf-



tragter für Ukraine, Moldau und Belarus bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, und Wolfgang BÜTTNER, Pressesprecher der internationalen Organisation Human Rights Watch, stellten unterschiedliche Berufsfelder der internationalen Zusammenarbeit vor. Angelika EDER, langjährige Mitarbeiterin des Goethe-Instituts und heute Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Genshagen, sowie Heleen GERRITSEN, Leiterin des Filmfestivals goEast für den mittel- und osteuropäischen Film, berichteten über Voraussetzungen und Möglichkeiten in der internationalen Kulturver-



In den Arbeitsgruppen Kommunikation, Veranstaltungsformate, Mentoring und Selbstorganisation diskutierten die Teilnehmenden über die bestehenden und wünschenswerten neue Strukturen und Angebote in der DGO. Dabei wurde deutlich, dass es großes Interesse daran gibt, das Potential der DGO besser zu nutzen und mehr über bereits bestehende Formate und Aktivitäten zu erfahren. Dies gilt für die Bandbreite der Mitglieder ebenso wie die Fachgruppen und die Zweigstellen. Es besteht ein großes Interesse daran, mit beruflich etablierten Personen aus unterschiedlichen Berufszweigen



mittlung. Und Tamina KUTSCHER, Chefredakteurin des Onlineportals dekóder [Russland entschlüsseln] gab einen Überblick über unterschiedliche Arbeitsfelder im Medienbereich. Nach den Inputs der Referentinnen und Referenten konnten die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer konkrete Rückfragen stellen und erhielten so einen Überblick über Herausforderungen und Chancen in den unterschiedlichen Berufsfeldern.

Ziel der anschließenden Arbeitsgruppen war der Aufbau eines Netzwerks junger Mitglieder in der DGO.

in Kontakt zu kommen. Wichtig ist den jungen Mitgliedern aber insbesondere auch die Vernetzung und der Austausch untereinander. Hilfreich dafür könnte eine Onlineplattform für DGO-Mitglieder sein. Da neben der digitalen Vernetzung der persönliche Kontakt aber ebenso wichtig ist, wurden in Frankfurt auch unterschiedliche Konzepte für ein Mentoring-Programm diskutiert. Außerdem besteht der Wunsch junger DGO-Mitglieder nach einem eigenen Gestaltungsspielraum, um Veranstaltungen oder andere Aktivitäten durchzuführen. Dies



ist nicht nur eine Frage von Finanzen, sondern auch der Selbstorganisation unter dem Dach der DGO. Deshalb sollen junge Mitglieder künftig eigene Sprecherinnen bzw. Sprecher wählen, die den Austausch untereinander sowie mit dem Vorstand und der Geschäftsstelle organisieren. Rebekka PFLUG und Vera ROGOVA haben sich im Anschluss an die Veranstaltung in Frankfurt bereit erklärt, diese neue Form der Selbstvertretung als kommissarische Sprecherinnen vorzubereiten [s. Seite 23].

Die Veranstaltung „Zukunft Osteuropa“ hat gezeigt, dass auch unter den jungen Osteuropa-Interessierten das Spektrum an Erfahrungen, Interessen und Bedürf-

nissen sehr breit ist. Umso wichtiger ist es, dass sich junge Mitglieder an der Ausgestaltung der DGO-Aktivitäten beteiligen können. Die Veranstaltung hat aber auch gezeigt, wie groß das Interesse unter jungen Menschen in Deutschland am östlichen Europa ist. Von 130 Anmeldungen konnte die DGO nur 70 Personen die Teilnahme in Frankfurt ermöglichen. Auch die Entscheidung für Frankfurt als Standort der Veranstaltung wurde von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als positiv bewertet. Es ist sicherlich nicht nur im Interesse der DGO, ähnliche Angebote auch künftig zu machen.



Modernisiert sich Russland von unten? Gesellschaftspolitische Initiativen auf kommunaler Ebene

Bericht: Michał Piasek, DGO

Seit vielen Jahren befassen sich Analysen und Debatten mit dem wachsenden Modernisierungsdruck auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Russland. Die russische politische Elite um Präsident Putin selbst verspricht immer wieder umfassende Programme zur Modernisierung der Sozialsysteme, der Verwaltung und der Infrastruktur.

Doch zeigen die meisten Modernisierungsvorhaben „von oben“ bislang wenig Veränderungswillen und Erfolg, nicht zuletzt, weil die Furcht vor Macht- und Kontrollverlust der politischen und ökonomischen Eliten die größte Reformbremse darstellt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden unzählige zivilgesellschaftliche Organisationen, die das Ziel hatten, die Gesellschaft und die Politik von unten zu modernisieren.

In Russland sind diese durch die drastische Gesetzgebung für Nichtregierungsorganisationen zunehmend unter politischen Druck geraten und haben auch an gesellschaftlicher Zustimmung verloren. Doch Russland ist in Bewegung! In vielen Städten, gesellschaftlichen Bereichen und zu unterschiedlichen Themen sind auch jenseits registrierter Nichtregierungsorganisationen in

den letzten Jahren Initiativen entstanden, in denen sich Bürgerinnen und Bürger zur Lösung ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme zusammenschließen, sich in Fragen der Stadtentwicklung einmischen und Druck auf die oft ineffizienten staatlichen Organe aufbauen. Über die Themen und die Perspektiven dieser Initiativen

haben wir mit Gästen aus verschiedenen russischen Regionen gesprochen. Welche Motivation treibt sie an und welche Erfahrung machen sie in der Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik auf kommunaler Ebene?

Arsen MAGOMEDOV ist Aktivist der Initiative „Unsere Stadt“ in Machatschkala, der Hauptstadt der russischen Teilrepublik Dagestan. Mit 80 Mitgliedern mag die Bürgerbewegung klein erscheinen.

Angesichts der Tatsache, dass viele Menschen im Nordkaukasus sich scheuen, offen über Politik zu sprechen, sei die Zahl dennoch beachtlich, so Magomedov. Die Menschen sind bereit, über ihre Situation vor Ort zu debattieren. Und inzwischen sei es normal, auch Treffen mit Vertretern der lokalen Politik und Verwaltung zu veranstalten. Nachdem die Regierung in Moskau die politi-

schen Eliten Dagestans im Gegenzug für hohe Zustimmungsraten zum Präsidenten und zur Regierungspartei lange gewähren ließ, hat sie im Herbst 2017 ihren Kurs offensichtlich geändert. Viele dagestanische Politiker und Beamte, sind wegen Betrugs und Korruption abgesetzt und verhaftet worden. In Machatschkala wurden drei der letzten vier Bürgermeister verurteilt und befinden sich zum Teil im Gefängnis. Dies habe auch auf gesellschaftlicher Ebene dazu geführt, dass die Hauptstadtbewohner mehr Interesse und Bereitschaft zur Einmischung zeigten. Die Bürgerbewegung „Unsere Stadt“ habe erreicht, dass die Behörden bei städtischen Projekten nun versuchen, Rücksprache mit Vertretern der Stadtgesellschaft zu halten und gemeinsam eine Lösung zu finden.

Auch in Moskau sei zunehmend die Bereitschaft der Behörden zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu beobachten. Etwa mit der NGO „Nochlezhka“ (Nachtasyl), die sich um die in Russland immer noch sehr stigmatisierte Gruppe der Obdachlosen kümmert, wie Daria BAIBAKOVA berichtete. Dass die Behörden diese Art von Projekten jedoch am Stadtrand oder sogar außerhalb der Stadt ansiedeln wollen, erschwere die Arbeit von Nachtasyl. Proteste kommen aber auch von Anwohnern, so im Falle eines Obdachlosenprojekts in einem Moskauer Wohnviertel. Dabei handelte es sich um gut gebildete Personen aus der Mittelschicht, die sich für die Erhaltung von Parks und alter Bausubstanz durchaus gesellschaftlich engagierten. Aufgrund derartigen Erfahrungen legen viele Organisationen inzwischen einen größeren Schwerpunkt auf Aufklärungsarbeit.

Am Beispiel der Bewegungen „Stop Vybroš“ (Schluss mit dem Wegwerfen) und „Ekologika“ (Ökologie), die sich mit den akuten Müllproblemen in Russland auseinandersetzen, wurde deutlich, dass viele Protestinitiativen heute stärker auf eine Zusammenarbeit mit städtischen und staatlichen Strukturen setzen. Die Tatsache, dass Politiker und Beamte auf lokaler Ebene teilweise ebenso von vertikalen Entscheidungsprozessen betroffen sind, erhöhe deren Bereitschaft zur Kooperation. Manche Initiativen übernehmen daher eine Mittlerfunktion zwischen Bevölkerung und Verwaltung, ohne sich explizit als politische Akteure zu verstehen.

Auch wenn die Initiativen sich sehr unterschiedlichen Themen widmen, geht es den meisten von ihnen um die Beteiligung und Aktivierung der Gesellschaft. Jede dieser Organisationen, so die Soziologin und Aktivistin Lilia VORONKOVA, trage zur Demokratisierung bei. Die Menschen sollten sich nicht nur als Verbraucher, sondern als mündige Bürger verstehen,

die ihr Umfeld selbst gestalten – auch wenn dies unter den politischen Bedingungen sehr schwer sei.

Die politischen Rahmenbedingungen haben zu einer größeren Flexibilität zivilgesellschaftlicher Gruppierungen geführt. Das Verbot der Finanzierung registrierter NGOs mit ausländischen Mitteln hat die Entwicklung informeller Netzwerke weiter befördert. Ehemalige registrierte Organisationen arbeiten heute zum Teil als informelle Bewegungen und neue Initiativen bemühen sich gar nicht mehr um einen offiziellen Status. Das erschwert vielen die Finanzierung, gibt ihnen aber teilweise auch größere Handlungsspielräume. Gerade neue städtische Initiativen erfahren zum Teil einen breiten Zulauf. Der Grundstein für eine Modernisierung von unten sei gelegt. Jetzt müsse das Zusammenspiel zwischen den Bewegungen und den Behörden bis hin zur Politik erreicht werden.

Law and Revolution. Disruption and Continuity of Legal Development in Central and Eastern Europe

Bericht: Michael Riepl, Anna Börger, Universität zu Köln
Fotos: Lisa Kujus

Dass die ReferentInnen aus Russland, Georgien, Ungarn, Polen und Deutschland am Jahrestag des Falls der Berliner Mauer zusammenkamen und über das Zusammenspiel von Recht und Revolution diskutierten, war eine zufällige, wenngleich passende Fügung. Zum Auftakt erläuterte Caroline VON GALL, Professorin am Institut für Osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln, das Konzept der Tagung und die sich daraus ergebenden Leitfragen: Wieweit haben die Revolutionen von 1917/1918 und 1989 das Recht in Mittel- und Osteuropa verändert und wieweit gibt es Kontinuität jenseits der Revolutionen in der Rechtsentwicklung? Mit Blick auf die jüngsten konservativen Revolten in Mitteleuropa lud sie die ReferentInnen ein, deren Auswirkungen auf das Recht vor dem Hintergrund der liberalen Revolution 1989 zu erörtern: Werden wir Zeugen einer Regression in alte Strukturen des Sozialismus oder handelt es sich um neue Entwicklungen?

**Tagung der DGO-Fachgruppe
Recht
am 9./10. November 2018, Köln**

**In Kooperation mit dem Institut
für Osteuropäisches Recht und
Rechtsvergleichung an der Uni-
versität zu Köln**

Im ersten Panel thematisierten die ReferentInnen die Entwicklung um die Revolution 1917 in Russland. Tatiana BORISOVA, Professorin an der Higher School of Economics in St. Petersburg, präsentierte in ihrem Vortrag „Recht als Verwaltungsinstrument“ die Arbeit des Forschungsprojektes „Russia: The rule of law in question“ am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Sie zeigte, wie das Recht zur Legitimierung für die Herrschaft mit Gewalt vor und nach der Revolution von 1917 genutzt wurde. Im Anschluss sprach Alfred SPROEDE, Professor em. an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, über rechtliche Kontinuität während der Revolutionen 1905–17 und besprach die Werke Bogdan Kistjakovskijs und Sergej Gessens zum sozialistischen Regimewechsel und zur Rechtsstaatlichkeit. Mikael ANTONOV, Professor an der Higher School of Economics in St. Petersburg, ging in seinem Vortrag zum Vermächtnis des Russischen Kaiserreichs auf die Kontinuitäten im

vorrevolutionären, sozialistischen und post-sozialistischen Recht im Hinblick auf das Selbstverständnis eines Imperiums ein. Kernthese war, dass die Opposition zum Westen in der russischen Geschichte eine große Rolle gespielt habe, während Russland aber zugleich viele Gesetze direkt aus westlichen Ländern kopiert habe. In diesem Spannungsfeld bewege sich das russische Recht noch heute, was an den Konflikten zwischen dem russischen Verfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) deutlich werde.

Im zweiten Panel schilderte Kirill KOROTEEV den Anteil, den die Dissidenten der Sowjetunion an der post-sowjetischen Rechtsentwicklung hatten. Koroteev ist führender Anwalt bei der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“ und hat bereits eine Reihe von Mandanten in wegweisenden Entscheidungen vor dem EGMR vertreten. Die Dissidenten hatten ihre Sichtweise auf die sowjetische Verfassung von 1977 im „Samisdat“-Verfahren in Umlauf gebracht. Koroteev wertete dieses Archivmaterial erstmals aus und zeigte, wie die Dissidenten aus ihrer eigenen Erfahrung vor Gericht wichtige Rechtsprinzipien herausarbeiteten und einforderten, die heute als Bestandteile des liberalen Rechtsstaats gelten. Gleb BOGUSH, Professor an der

Moskauer Wirtschaftshochschule (HSE), erläuterte die Veränderungen und Konstanten im russischen Strafrecht. Dieses fußt auf dem 1996 erlassenen Strafgesetzbuch, welches unter anderem viele Einflüsse der deutschen Strafrechtslehre rezipierte. In jüngerer Zeit wurde das Gesetz jedoch in erheblichem Umfang geändert, vor allem im Hinblick auf Meinungsdelikte. Dies schüre, insbesondere in Anbetracht einer selektiven Strafverfolgung, ein generelles Klima der Angst und verhindere eine freie Meinungsäußerung.

Die ReferentInnen im dritten Panel beschäftigten sich mit dem Zivilrecht und insbesondere dem Recht der Unternehmen im post-sowjetischen System: Welche Einflüsse des sowjetischen Rechts weist das moderne russische Recht auf? Prof. Lado CHANTURIA, georgischer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, kritisierte die Herangehensweise an zivilrechtliche Kodifikationen im post-sowjetischen Raum: Sie sei immer mit einer Skepsis gegenüber Rechtsordnungen mit römisch-germanischer Tradition verbunden gewesen. Häufig seien die Kodifikationen nicht einheitlich erfolgt – sei es da Materien vollständig ausgelassen, doppelt geregelt oder gar öffentlich-rechtliche Bestimmungen aufgenommen wurden. Eugenia



Angelika Nußberger, Caroline von Gall



Stanisław Biernat

KURZYNSKY-SINGER, Max Planck Institut für ausländisches und internationales Privatrecht Hamburg, erörterte in ihrem Vortrag den Wandel der sowjetischen Staatsunternehmen zu föderalen staatlichen Unternehmen. Ähnlich wie Chanturia identifizierte sie die Rechtsunsicherheit als große Hürde für den Aufbau eines funktionierenden Marktes. Hans-Joachim SCHRAMM, Professor an der Hochschule Wismar, beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den sogenannten Joint Stock Companies (Aktiengesellschaften) in Russland und deren rechtlichen Grundlagen. Seine These war, dass die rechtliche Entwicklung hier weder disruptiv noch linear verlaufen sei, sondern vielmehr irrational. Immer wieder sei sie von externen Entwicklungen beeinflusst worden.

Im Panel „Human Rights as a Revolutionary Element in International Law. Visions East and West“ charakterisierte Angelika NUSSBERGER, Vizepräsidentin des EGMR und Professorin am Institut für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung, die Entwicklung eines europaweiten Menschenrechtsschutzes mit der Möglichkeit einer Individualbeschwerde als ein revolutionäres Element. Allerdings entspreche diese Entwicklung nicht den klassischen Begrifflichkeiten einer „sanften“ oder gar „blutigen“ Revolution. Vielmehr handle es sich um eine „behutsame“, „zahme“ und teils auch „unbewusste“ Revolution. Chanturia sprach von der großen Bedeutung der europäischen Menschenrechtskonvention für sein Heimatland. Die

Möglichkeit einer Individualbeschwerde sei für Georgien eine revolutionäre Neuerung gewesen. Die teils schwierige und langwierige Umsetzung der Urteile des EGMR betreute er als ehemaliger Justizminister des Landes aus nächster Nähe. Maria ISSAEVA, Menschenrechtsanwältin aus Moskau, sprach über die Rolle der Menschenrechte in der russischen Gesellschaft. Die BürgerInnen seien sich ihrer Rechte durchaus bewusst. Das Problem in Russland bestehe vielmehr in der mangelnden Umsetzung dieser Rechte.

In Ungarn ist nach dem Sieg des Fidesz bei den Parlamentswahlen 2010 eine neue Verfassung verabschiedet worden. Über die Entwicklungen seitdem diskutierten Gabor Halmai, Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, Renata Uitz, Professorin an der Central European University in Budapest sowie Zoltan Fleck, Professor an der Eötvös Loránd Universität in Budapest. HALMAI bezeichnete die Verabschiedung der Verfassung als Konterrevolution. Durch die neue Verfassung seien wichtige „checks and balances“, die bei der Verfassungsänderung 1989 eingeführt worden waren, entfernt worden. Diesen Prozess konnte auch der politische und rechtliche Gegenwind aus Brüssel nicht aufhalten. UITZ problematisierte, dass die Rechtsstaatsentwicklung auf dem Papier nicht so besorgniserregend sei. Der revolutionäre Gehalt würde aber deutlich, wenn man die Rechtsvorschriften im Lichte der Aussagen und Dokumente von Fidesz interpretiere. Zoltan FLECK ging in



Kirill Koroteev, Gleb Bogush, Maïke Lehmann

seinem Beitrag auf die historische Entwicklung der ungarischen Justiz ein. Besonders problematisch sei die offene feindselige Haltung der Regierung gegenüber Richtern.

Auch die jüngsten Entwicklungen in Polen, wo die Regierung versucht, die Unabhängigkeit der Justiz zu beschneiden, bedurften einer Einordnung. Der ehemalige Vize-Präsident des polnischen Verfassungsgerichts, Stanisław BIERNAT, erkennt in dem seit 2015 andauernden Prozess eine „Gegenrevolution“ zum revolutionären Liberalisierungsprozess der 90er und 2000er Jahre. Marta BUCHOLC, Professorin an der Universität Bonn, gelangte trotz der schwierigen politischen Lage zu einem positiven Fazit. Die Politisierung habe dazu beigetragen, dass einzelne BürgerInnen sich erstmals stärker mit der Verfassung auseinandersetzen, sie interpretieren und öffentlich verteidigen. Es sei ein gesellschaftlicher Diskurs entstanden, der auch als Beginn einer Konstitutionalisierung gedeutet werden könne. Um der Beschneidung wesentlicher Rechte der Justiz Einhalt zu gebieten, sei es wichtig, so Fryderyk ZOLL, Professor an der Universität Osnabrück, die Solidarität unter den Richtern zu wahren. Zudem hätten führende rechtswissenschaftliche Fakultäten bereits einen öffentlichen Aufruf zur Wahrung der richter-

lichen Unabhängigkeit gestartet. Die Panelisten waren sich einig, dass sich trotz – oder gerade wegen – der jüngsten Verfassungskrise in Polen ein gesellschaftliches Bewusstsein für den Wert der Verfassung herausgebildet habe. Mit diesem positiven Ausblick endete die diesjährige rechtswissenschaftliche Fachtagung.



Lado Chanturia

Shaping Eastern European Societies and Economies: Culture, Religion and Historical Legacies

Bericht: Laura Eras, LMU München
Fotos: Michał Piasek, DGO

Dass die Vergangenheit einen Einfluss auf die Gegenwart hat, ist eine Binsenweisheit. Unklar ist dagegen, welche Vergangenheiten – also welche Ereignisse oder Zustände – genau auf heutige Gesellschaften wirken (und welche nicht), worauf diese einen Einfluss nehmen und wie dieser vermittelt wird. Die Fachgruppe Wirtschaft widmete diesen Fragen, die in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus der Sozialwissenschaften gerückt sind, ihre Fachtagung. Aufgrund der wechselhaften Geschichte Osteuropas – politische Umbrüche, wechselnde Grenzverläufe, Migration, Völkermord – sowie der vergleichsweise guten Datenlage eignet sich dieser geographische Raum besonders gut für die Untersuchung historischer Vermächtnisse.

Das erste Panel, in dem sich die ReferentInnen mit dem Erbe der vorkommunistischen Zeit beschäftigten, eröffnete Olga VASILYEVA (Khabarovsk) mit einem Vortrag über den Einfluss der molokanischen Minderheit im Fernen Osten Russlands. Diese von der orthodoxen

Kirche abgespaltene religiöse Gruppe hatte sich durch ihr hohes Bildungsniveau ausgezeichnet. Vasilyeva zeigte, dass in Gemeinden, in denen der Anteil der Molokanen Anfang des 20. Jahrhunderts größer gewesen war, das Bildungs- und Lohnniveau heute höher sind. Einige mögliche Gründe dafür diskutierte Vasilyeva zwar; es wurde aber auch deutlich, wie schwierig es ist, diese zu identifizieren.

Maria KRAVTSOVA (Moskau) untersuchte, wie sich die historische Familienstruktur auf das Sozialkapital in heutigen Gesellschaften auswirke. Auf Grundlage historischer Zensusdaten (größtenteils aus dem 19. Jahrhundert) sowie dem Life in Transition Survey (LiTS)

von 2006 und 2010 argumentierte sie, dass in Regionen, in denen Familienstrukturen stärker hierarchisch geprägt gewesen seien, das Vertrauen in die eigene Gruppe heute stärker sei als in die Fremdgruppe. Von Interesse sei das auch deshalb, weil letzteres für die Modernisierung relevant sei und sich so letztlich die langsamere Modernisierung in diesen Regionen erklären ließe.

Vertrauen spielt auch in Julia ZIMMERMANNs (Berlin) Forschungsvorhaben zu den langfristigen Konsequenzen der Tätigkeit des Geheimdienstes Ochranka im späten Zarenreich eine zentrale Rolle. Ihre Fragestellung ist in erster Linie durch die Annahme motiviert, dass der zaristische Geheimdienst das Vertrauen der Bevölkerung langfristig zerstört habe, was sich in den betroffenen Gebieten noch hundert Jahre später in sozio-ökonomischen Indikatoren und Einstellungen (etwa zur Marktwirtschaft) manifestiere. Datenauswertungen konnte sie noch nicht präsentieren.

Theocharis GRIGORIADIS' (Berlin) Vortrag unterschied sich von den anderen Beiträgen des Panels insofern, als im Zentrum seiner Untersuchung

tische Besetzung nach dem Zweiten Weltkrieg für die weitere ökonomische Entwicklung gewesen sei, den Umstand zunutze, dass ein Landstrich Südösterreichs 1945 nach nur 74-tägiger sowjetischer Okkupation den Amerikanern übergeben worden war. Noch heute sei, so Ochsner, in den kurzzeitig besetzten Gebieten, die sich vormals nicht systematisch von den benachbarten Gebieten unterschieden hätten, die ökonomische Situation schlechter als in den nie von den Sowjets besetzten Nachbargemeinden. Ochsner führte dies auf Entwendung von Besitz, (sexuelle) Gewalt und auf die der Besetzung folgende Emigration zurück.

Gerhard TOEWS (Moskau) zeigte am Beispiel der sowjetischen Straflager, dass die (gewaltsame)



zum Zusammenhang zwischen dem Bankensektor und der wirtschaftlichen Entwicklung eher kurzfristige Folgen standen. Mit historischen Daten zeigte er, dass Produktionsunternehmen im Russischen Reich, die sich näher an den um das Jahr 1900 herum neu angesiedelten Banken befanden, auch unter Kontrolle relevanter Eigenschaften der Gegenden wenige Jahre später geringfügig höhere Gewinne einfahren konnten.

Die ReferentInnen des ersten Panels hatten für die Kausalanalyse hauptsächlich Regressionen verwendet, wofür es notwendig ist, auf wichtige Einflussfaktoren zu kontrollieren. Dies ist jedoch häufig unmöglich, beispielsweise weil unklar ist, welche Einflussfaktoren überhaupt relevant sind oder weil für diese keine Daten vorliegen. Dieser Problematik begegneten die ForscherInnen im zweiten Panel, das die Vermächtnisse von Krieg, Imperien und der kommunistischen Vergangenheit zum Thema hatte, indem sie für die Analyse kausaler Zusammenhänge stärker quasi-experimentelle Situationen nutzten. So machte sich Christian OCHSNER (Prag/Zürich) für die Frage, wie schädlich die sowje-

Ansiedlung von hochgebildeten Menschen Jahrzehnte später einen positiven Effekt auf die Industrialisierung, die Produktivität und den Bildungsstand einer Gegend habe. Toews nutzte für seine Untersuchung, dass die unter Stalin als Volksfeinde Verurteilten, größtenteils Hochgebildete, unsystematisch Lagern zugeteilt worden seien. Die Situation könne damit als natürliches Experiment betrachtet werden. Seine Analyse basierte auf einem Vergleich verschiedener Indikatoren von Industrialisierung und Humankapital in Gegenden um Lager mit hohem versus niedrigem Anteil von als Volksfeinden Verurteilten.

Maria POLUGODINA (Berlin) untersuchte in Polen, Deutschland, Russland und Litauen, ob sich die politischen Einstellungen derjenigen, die in ehemals zu Preußen gehörenden Gebieten leben, stärker ähneln als die politischen Einstellungen jener, die außerhalb dieser Gebiete leben. Polugodina konnte zwar teilweise langfristige Effekte zeigen, jedoch nicht für alle Länder. Auffällig sei etwa, dass die Effekte in Polen, wo ein großer Bevölkerungsaustausch statt-

gefunden habe, nicht zu finden seien; dies sei ein klarer Indikator dafür, dass die Weitergabe zwischen Personen von Generation zu Generation geschehe.

Im letzten Vortrag des Panels präsentierte Alexander LIBMAN (München) erste Ergebnisse dazu, wie sich der Anteil von KPdSU-Mitgliedern auf den heutigen Grad an Einkommensungleichheit in Russland auswirke. Auch unter Kontrolle von Modernisierungsindikatoren finde sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Anteil an Parteimitgliedern in den 70er Jahren und der Ungleichheit in den russischen Regionen im Jahr 2012. Relativ unklar sei jedoch bisher, wodurch dieser Effekt erklärt werden könne. Als mögliche Erklärung führte Libman aus, dass ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei Netzwerke bilden, über die sie Vermögen verteilen.

Tomila LANKINA (London) argumentierte in ihrem Vortrag, dass sich die soziale Schichtung durch die Russische Revolution sehr viel weniger stark verändert habe, als dies in der Forschung häufig behauptet werde. So hätten zahlreiche Personen auch nach der Russischen Revolution ihre gesellschaftliche Position behaupten und diese an Kinder und Kindeskinde vererben können. Die heutige Sozialstruktur Russlands sei im Zarenreich verwurzelt. Lankina betonte, dass diese lange bestehenden Strukturen zu klaren Spaltungen zwischen den verschiedenen Schichten geführt hätten. Sie sprach sich dafür aus, diesen gesellschaftlichen Trennlinien in der Forschung zum heutigen Russland – etwa der Protestforschung – mehr Beachtung zu schenken.

Ein weiteres Panel beschäftigte sich mit Religion und Humankapital. Ähnlich wie Olga Vasilyeva untersuchte Gunes GOKMEN (Lund) das Vermächtnis einer einst bedeutsamen, überdurchschnittlich gebildeten Minderheit an die heutige Gesellschaft: den Einfluss der griechischen und armenischen Minderheiten auf die heutige Türkei. Auch Gokmen zeigte für die Gebiete, in denen größere Anteile von Griechen und Armeniern gelebt hatten, eine stärkere Industrialisierung im 21. Jahrhundert. Aufgrund von Völkermord und Bevölkerungsaustausch in den 20er Jahren sind die Nachfahren dieser Minderheiten – im Gegensatz zu den Molokanern im russischen Fernen Osten – nicht mehr in der türkischen Gesellschaft vertreten, sodass die höhere Industrialisierung hier nicht auf die Weitergabe von Humankapital

innerhalb der Minderheiten zurückgeführt werden kann. Vielmehr profitiere man heute, so Gokmen, vom damaligen Austausch zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Minderheiten. Von Bedeutung sei aber auch, dass der Besitz der Vertriebenen konfisziert worden sei.

Anna KOCHANOVA (Cardiff) untersuchte einen bisher wenig erforschten Ansatz zur Erklärung dafür, weshalb post-kommunistische Staaten wirtschaftlich weniger erfolgreich sind als Staaten ohne kommunistische Vergangenheit: Sie vermutet, dass nicht-kognitive Fähigkeiten (wie Offenheit oder Extraversion), die als bedeutsam für beruflichen Erfolg gelten, durch die kommunistische Erfahrung beeinträchtigt worden seien. Ihre Analysen der Daten des STEP weisen darauf hin,



dass die nicht-kognitiven Fähigkeiten von Armeniern und Georgiern, die noch in der Sowjetunion großgeworden sind, geringer sind im Vergleich zu Personen, die frühestens gegen Ende der Sowjetunion geboren wurden oder in nicht-sowjetischen Staaten aufgewachsen seien. Kochanovas Vortrag offenbarte ein häufiges Problem in der Forschung zu historischen Vermächtnissen: zu identifizieren, welche Vergangenheit einen Einfluss hat. So scheint es ähnlich plausibel, dass für ihre Ergebnisse nicht die kommunistische Erfahrung, sondern die Transformationserfahrung von Bedeutung gewesen ist.

Die beiden letzten Beiträge des Panels beschäftigten sich mit zwei sehr unterschiedlichen möglichen Effekten von Religiosität und Konfession: auf die Risikobereitschaft sowie auf die kindliche Gesundheit. Anastasia LITINA (Ioannina) zeigte, dass die Bevölkerung in Regionen je risikobereiter ist, desto mehr Katholiken im Vergleich zu Protestanten in diesen Regionen leben. Es würden dann z. B. weniger Lebensversicherungen gekauft. Zugleich seien religiösere Personen (gemessen an der Bethäufigkeit) risikoaverser.

Hatte sich Litina die Folgen der eigenen Religiosität beziehungsweise der Konfession in der Umgebung angesehen, so betrachtete Olga POPOVA (Regensburg) den intergenerationellen Effekt von Religiosität/Konfession: Wie beeinflusst die Religiosität der Eltern die Gesundheit des Kindes? Besonders hervorzuheben ist dabei ihre Differenzierung zwischen subjektiver und objektiver Gesundheit, zwischen dem Einfluss der mütterlichen und der väterlichen Religiosität sowie dem Grad der Religiosität und der Konfession. Ihre Analysen auf Grundlage des Russian Longitudinal Monitoring Service (RLMS) deuten unter anderem darauf hin, dass Religiosität unabhängig von der Konfession einen positiven Effekt auf die Gesundheit der Kinder habe



und die Religiosität beider Eltern eine Rolle spiele, die mütterliche Religiosität jedoch wichtiger sei.

Hatten die bisher vorgestellten Untersuchungen mit Ausnahme von Tomila Lankinas Vortrag quantitative Analysestrategien verfolgt, so wurden im letzten Panel zu Vermächtnissen, Ideen und Kulturen auch stärker qualitative Studien präsentiert. Mit einer Studie zu ultrakonservativen Netzwerken innerhalb der russischen Elite und deren Einfluss auf die Politik machte Katharina BLUHM (Berlin) den Anfang. Sie beschrieb die gute Vernetzung zwischen Ultrakonservativen aus Kirche, Wirtschaft, Forschung und Politik sowie aus dem Ausland und stellte die sie verbindende Ideologie im Hinblick auf Familienpolitik vor. Im Zentrum der Ideologie stehe die „demographische Krise“, der Ultrakonservative mit einer Stärkung der traditionellen, kinderreichen Familie begegnen wollen. Auch wenn sich Erfolge der Lobbyarbeit der Ultrakonservativen in der Rhetorik und auch in der Politik des Kremls finden, seien die Entscheidungsträger in der Familienpolitik in den letzten Jahren weit- aus häufiger den Vorschlägen von Technokraten gefolgt.

Gintare MALISAUSKAITE (Canterbury) untersuchte in ihrer Studie, ob in Ost- und Westeuropa unterschiedliche Wahrnehmungsmuster vorhanden sind. Sie vermutete, dass manche Unterschiede, die sich bei Befragungen zwischen Ost- und Westeuropäern zeigen, möglicherweise dadurch zustande kommen, dass Personen, die im Kommunismus sozialisiert wurden, Situationen pessimistischer einschätzen. Basierend auf dem European Health Interview Survey (EHIS) verglich Malisauskaite, inwieweit Indikatoren der tatsächlichen Gesundheit in den unterschiedlichen Ländern mit der subjektiven Wahrnehmung der Gesundheit übereinstimmen. Sie stellte dabei fest, dass auch bei gleicher objektiver Gesundheit die berichtete subjektive Gesundheit in den

post-kommunistischen Ländern schlechter ist. Ähnlich wie bei Kochanovas Forschung stellt sich jedoch auch hier die Frage, inwieweit ein solches Ergebnis tatsächlich auf die kommunistische Vergangenheit und nicht auf die Transformationserfahrung zurückzuführen ist.

Die Tagung endete mit zwei Beiträgen zu Georgien. So arbeitete Yana ZABANOVA (Göttingen/Groningen) mit Blick auf Hydroenergie die Ähnlichkeiten zwischen der sowjetischen und post-sowjetischen Energiepolitik heraus: Obwohl kleinere Anlagen ökonomisch und ökologisch

vorteilhafter wären, so Zabanova, würden wie bereits in der Sowjetunion insbesondere Großprojekte gefördert. Ia ERADZE (Kassel) fragte, wieso die Dollarisierung in Georgien entgegen wirtschaftswissenschaftlicher Theorien nicht mit der positiven Wirtschaftsentwicklung in den 2000ern abgenommen habe. Sie argumentierte, dass allein ökonomische Überlegungen hier nicht ausreichen würden und fokussierte in ihrer Erklärung auf den georgischen Nationalismus; dieser richte sich in erster Linie gegen Russland, viel weniger aber gegen die USA, weshalb die Schwächung der Bedeutung des Dollars nicht auf der politischen Tagesordnung gestanden habe.

Insgesamt präsentierte die Fachtagung eine große thematische, aber auch methodische und disziplinäre Vielfalt der Forschung zu historischen Vermächtnissen. Dabei zeigte sich nicht nur die Breite an Fragestellungen in diesem Forschungsfeld, sondern auch der Reichtum vorhandener Daten. Deutlich wurde aber auch eine der größeren Herausforderungen des Forschungszweigs: Kausalitäten – und nicht nur Korrelationen – zu identifizieren.

Maidan: Die Ukraine und Europa fünf Jahre danach

Bericht: Michał Piasek, Ulrike Sapper, DGO

Fotos: Ewa Dąbrowska, Prisma Ukraina

Am 21. November 2013 versammelten sich auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, dem Maidan, auf Initiative des Journalisten Mustafa Nayyem die ersten Menschen, um für die Unterzeichnung des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens zu demonstrieren. Fünf Jahre später ist das Abkommen zwar in Kraft, die Lage in der Ukraine jedoch fragil: Ein Teil des Donbas ist von pro-russischen Separatisten okkupiert, politische Reformen sind nur partiell umgesetzt, die oligarchischen Machtstrukturen sind kaum gebrochen und das Vertrauen der Gesellschaft gegenüber der Politik ist so niedrig wie vor der Revolution. Kurz nach dem fünften Jahrestag der ersten Proteste auf dem Maidan hat die russische Küstenwache ukrainischen Schiffen die Zufahrt zum Asowschen Meer verweigert, sie gekapert und die Besatzung festgenommen. Die Ukraine hat daraufhin am 26. November das Kriegsrecht verhängt. Unter dem Eindruck dieser Zuspitzung der seit 2014 fortwährenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern ging es in der Diskussion zu-

nächst um die Einordnung der Ereignisse und die Frage, wie die internationale Gemeinschaft auf den russischen Angriff reagieren sollte.

Podiumsdiskussion am 27. November 2018, Berlin

In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Forschungsverbund Prisma-Ukraina und dem Zentrum für Liberale Moderne

Krieg, Recht und Wahlen

Dass die Antwort darauf auch davon abhängt, wie man die Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine bezeichnet – als Krieg oder als Krise – machten die öffentlichen Reaktionen deutlich. So sei vor dem Hintergrund des Kriegs im und um den Donbas die Angst vor einem „neuen“ russisch-ukrainischen Krieg irreführend, so Walter KAUFMANN von der Heinrich-Böll-Stiftung. Einen Friedensschluss habe es schließlich bisher nicht gegeben.

Großes Unverständnis zeigte Marieluise BECK (Bündnis 90/Die Grünen, Zentrum für Liberale Moderne) dafür, dass der Westen und Deutschland nach dem Angriff zunächst überhaupt nicht hörbar reagiert hätten. Dadurch laufe der Westen Gefahr, seine Werte infrage zu stellen, und ermutige Russland geradezu, die Schlinge um die Ukraine noch enger zu



Andrij Waskowycz, Arkady Ostrovsky, Walter Kaufmann, Mustafa Nayyem, Marieluise Beck

ziehen. Seit Monaten sei zu beobachten, wie Russland versuche, der Ukraine den Zugang zu ihrer Hafenstadt Mariupol und zum Asowschen Meer abzuschneiden. Russland bereite damit die Annektion von Mariupol und der Ostukraine vor, so Beck. Auch Arkady OSTROVSKY (The Economist, London) versteht den Angriff Russlands als Test, der mindestens drei Adressaten hat. Erstens den Westen: Wie reagiert der Westen auf den erneuten Bruch des Völkerrechts durch Russland? Zeigt er sich geschlossen? Dass die ersten Reaktionen so verhalten ausgefallen seien, mache die Lage noch gefährlicher. Putin werde sich ermutigt fühlen, den Druck auf die Ukraine noch erhöhen zu können. Innenpolitisch teste der russische Präsident, so Ostrovsky, ob die russische Bevölkerung seine Ukraine-Politik weiterhin unterstütze und ob die bewährte Methode, mit außenpolitischen Erfolgen von innenpolitischen Problemen abzulenken, noch immer funktioniert. Zuletzt habe die Zustimmung zu Putin stark abgenommen. Der dritte Adressat schließlich sei der ukrainische Präsident Petro Poroshenko. Dieser stehe angesichts schlechter Umfragewerte für die im März 2019 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen innenpolitisch enorm unter Druck. Aber auch der Westen habe ein waches Auge darauf, ob die Ukraine seinen Ansprüchen an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerecht werde.

Poroshenko reagierte auf den russischen Angriff mit der Verhängung des Kriegsrechts – das erste Mal in der unabhängigen Ukraine. Ebenfalls beispiellos sei, was danach passierte, so Mustafa NAYYEM, der inzwischen Mitglied des ukrainischen Parlaments, der

Rada, ist: Poroshenko habe das ukrainische Parlament um seine Zustimmung zum Kriegsrecht gebeten – und die Bedingungen der Parlamentarier akzeptiert. So gelte das Kriegsrecht nun für nur 30 statt für 60 Tage; und das auch nicht in der gesamten Ukraine, wie von Poroshenko beabsichtigt, sondern nur in den zehn Gebieten, die eine gemeinsame Grenze mit Russland haben bzw. von der russischen Aggression besonders gefährdet sind wie die Regionen am Schwarzen Meer. Nayyem bezeichnete diese Abstimmung und die Bindungskraft als Sternstunde des ukrainischen Parlamentarismus. Mit diesem eingeschränkten Kriegsrecht sei gewährleistet, dass die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine wie geplant am 31. März 2019 stattfinden könnten. Nachdem bekannt geworden sei, dass Poroshenko das Kriegsrecht verhängen wolle, habe schnell der Verdacht im Raum gestanden, dass er die Durchführung der Wahlen verschieben und damit seine Abwahl verhindern wolle. Ob der Wahlkampf und die Wahlen demokratisch verlaufen werden, sei angesichts der schwierigen Lage schwer zu sagen. Immerhin stehe ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen noch nicht fest, wer der nächste Präsident der Ukraine sein wird – und das, so Nayyem, sei eine echte Neuigkeit. Viel entscheidender für die politische Entwicklung als die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 seien jedoch ohnehin die Kommunalwahlen im Jahr 2020. Hier werde eine ganz neue Generation von Menschen in die Politik eintreten, deren Wille zur Veränderung und zum Aufbrechen der oligarchischen Strukturen nachhaltig sei.



Gabriele Freitag, Kateryna Mishchenko

Erbe des Maidan

Trotz aller Schwierigkeiten, mit denen sich ein Land auseinandersetzen muss, in dem sich politisch einflussreiche Oligarchen über Jahrzehnte ein Schutzsystem aus Anwälten, Geld, Gesetzen und Posten errichtet haben – trotz all dem ist die Ukraine im Jahr 2018 ein spürbar anderes Land: Die Zivilgesellschaft ist stark und vielfältig und beteiligt sich politisch und gesellschaftlich auf vielen Ebenen. Was ist das intellektuelle und politisch-kulturelle Erbe des Maidan? Inwiefern hat sich das Demokratieverständnis verändert?

Nach der Eskalation der Gewalt auf dem Maidan und der Absetzung des Präsidenten Janukowych habe sich, so Kateryna MISHCHENKO (Verlegerin und Stipendiatin des Forschungsverbunds Prisma Ukraina), ein Fenster der Möglichkeiten geöffnet. Selbst die zynischen Politiker seien von der Gewaltexplosion betroffen gewesen. Der Enthusiasmus, etwas Neues aufzubauen, sei enorm groß gewesen. Den Rahmen dafür haben die gemeinsam auf dem Maidan verbrachten Monate geschaffen, in denen eine „politische Liebe“ gewachsen sei, die den Umgang der Menschen miteinander prägte: solidarisch und ehrlich. Die Menschen emanzipierten sich zu politischen Subjekten, die ihren Handlungsraum selbst gestalteten, so Mishchenko. Der Maidan sei als Modell keine exklusiv ukrainische Erfahrung. Die Ukrainer teilten sie etwa mit den Ostdeutschen, die 1989

für den Fall der Mauer demonstriert hätten. Mishchenko rief in Erinnerung, dass es den Teilnehmern am Maidan um die Durchsetzung von Bürgerlichkeit und Demokratie gegangen sei, nicht um die Wiedergeburt der Nation. Das Vermächtnis des Maidan an die ukrainische Gesellschaft dürfe nicht dadurch zerstört werden, dass der Maidan als Auslöser für den Krieg in der Ostukraine bezeichnet werde.

Dass das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine schließlich doch noch zustande gekommen sei, sei allein dem Maidan zu verdanken, wie die Europaabgeordnete Rebecca HARMS (Bündnis 90/Die Grünen) betonte. Um den einmal eingeschlagenen Weg weitergehen zu können, benötige die Ukraine die Perspektive der EU-Mitgliedschaft. Die EU, so Harms, dürfe sich vom Kreml nicht vorschreiben lassen, wen sie in ihre Gemeinschaft aufnehme. Der zunehmend in der Ukraine verbreiteten Wahrnehmung und Sorge, dass es die Europäische Union, die als Projektionsfläche für so viele Hoffnungen fungierte, in dieser Form gar nicht mehr gibt, trat Harms mit der Aufforderung entgegen, die Gemeinschaft gemeinsam weiterzuentwickeln.

Die Prognose, die Ellen UEBERSCHÄR (Heinrich-Böll-Stiftung) in ihrer Begrüßung gestellt hat, gilt damit nicht nur für die Ukraine, die sie dabei im Blick hatte, sondern auch für die EU: „Der Weg ist weit und steinig, aber er lohnt sich.“

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag
T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
www.dgo-online.org

Redaktion und Satz: Ulrike Sapper
Redaktionsschluss: 31.12.2018

Foto auf Seite 2/3: Julia Teine; auf Seite 10/11: Dirk Enters.

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

